

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. A.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM mit Zustagen; einzelne Nummern 15 Pf.; Gemeinde-Verbands-Konto Nr. 3; Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 403; Postfachkonto Dresden 125 48

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Petitzeile 20 Reichspfennige, Eingeladrt und Reklamen 60 Reichspfennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Sehn. — Druck und Verlag: Carl Sehn in Dippoldiswalde.

Nr. 281

Mittwoch, am 3. Dezember 1930

96. Jahrgang

Wahlen zum Wasseramte.

Gemäß § 158 des Wassergesetzes in Verbindung mit § 30 der Ausführungsverordnung sind für die Zeit vom 1. Januar 1931 bis 31. 12. 1933 zwei Mitglieder des für den Bezirk der Amtshauptmannschaft gebildeten Wasseramtes und ihre Stellvertreter durch die Mitglieder der nach § 65 des Wassergesetzes bestehenden Unterhaltungsvereine zu wählen.

Das Wahlrecht kann im allgemeinen nur persönlich ausgeübt werden. Juristische Personen und solche, die geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt sind, wählen durch ihren gesetzlichen Vertreter, für jede beteiligte Staatsverwaltung wählt deren Leiter oder ein von der zuständigen Behörde bestimmter Bevollmächtigter, für Miteigentümer eines Grundstücks oder einer Anlage wählt ein mit schriftlicher Vollmacht versehenes Mitglied der Eigentümer.

Niemand kann das Wahlrecht mehrfach ausüben. Für den Fall, daß der Wahlberechtigte dem Wahlleiter oder den Wahlgehilfen nicht bekannt ist, hat er selbst für Ausweis seiner Person zu sorgen.

Zu wählen ist mit Stimmzetteln, die mit den Namen der zu Wählenden zu versehen sind und gleichzeitig in einwandfreier Weise erkennen lassen müssen, ob der zu Wählende als Mitglied des Wasseramtes oder als Stellvertreter gewählt werden soll. Jeder Stimmzettel hat also je zwei Namen für die wirklichen Mitglieder und je zwei Namen für die Stellvertreter zu enthalten. Stimmzettel, die Mitglieder und Stellvertreter als solche nicht oder nicht in genügender Anzahl benennen oder die Namen von der zu Wählenden nicht erkennen lassen oder die Namen nicht wählbarer enthalten, sind insoweit unzulässig. Enthält ein Stimmzettel mehr Namen als Personen in der der beiden Gruppen (Mitglieder — Stellvertreter) zu wählen sind, so gelten die in der Gruppe zuerst geschriebenen Namen wählbarer Personen.

Wählbar sind alle im Sinne des § 8 Abs. 2 Ziffer 1—4 des Gesetzes über die Wahlen zu den Bezirksversammlungen, Bezirksausschüssen und innerhalb dieser Körperschaften vom 5. 7. 1919 unbescholtenen mündigen Personen.

Als gewählt gelten diejenigen Personen, welche die relative Stimmenmehrheit erhalten haben. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Das Amt eines Mitgliedes des Wasseramtes ist ein Ehrenamt. Die Amtsdauer beträgt drei Jahre.

Die Wahlen finden im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft

Montag, den 8. Dezember 1930, 10—12 Uhr vormittags,

Dippoldiswalde, am 24. November 1930. L. 48 Allg. Die Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 55 des hiesigen Handelsregisters, betreffend die Firma Pappfabrik Dippoldiswalde, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dippoldiswalde, ist heute eingetragen worden, daß die Firma künftig Pappfabrik Rudolf Schmidchen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung lautet, daß der Gesellschaftsvertrag durch Beschluß des Gesellschafters vom 30. Oktober 1930 laut Protokollprotokoll von diesem Tage abgeändert worden ist und daß der Gegenstand und Zweck der Gesellschaft der Fortbetrieb der Pappfabrik Dippoldiswalde und die Übernahme und der Fortbetrieb der bisher dem Gesellschafter Schmidchen persönlich gehörigen Pappfabrik zu Wiegendorf (Bez. Lauban) ist, sowie daß die Gesellschaft sich an gleichartigen Unternehmen beteiligen, solche erwerben und Zweigniederlassungen errichten kann. Ferner ist eingetragen worden, daß dem Betriebsleiter Dipl.-Ing. Friedrich Wilmann und dem Kaufmann Alfred Forstiger, beide in Wiegendorf, Gesamtpatrola erteilt worden ist. Amtsgericht Dippoldiswalde, am 2. Dezember 1930.

Rugholzverfeinerung. Staatsforstrevier Hirschsprung-Altenberg.

Mittwoch, am 10. Dezember 1930, vormittags 10 Uhr, im Fremdenhof „Stadt Dresden“ in Altenberg. 553 m. Stamme 1031 cm = 181,47 fm, 10,2—20 m lang; 5633 m. W. Schnitt 7/14 cm = 215,80 fm, } 3,0—4,5 m lang. 1981 m. W. Schnitt 15/39 cm = 287,99 fm, }

Aufbereitet in den Abteilungen: Kahlschläge 19, 56, 84 und 103. Durchforstungen und Einzelböyer 1, 2, 4, 10, 12, 29, 41, 86, 87, 110, 111.

Forstamt Hirschsprung-Altenberg, Forstklasse Dresden.

Örtliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Bei ziemlich vollem Mond und sternklarem Himmel sank in vergangener Nacht das Thermometer unter Gefrierpunkt. Heute morgen stand es auf — 5° C. Wohl überall in den Gärten ist die Herbstarbeit beendet, empfindliche Pflanzen sind eingedeckt oder sonst vor Frost geschützt, so daß Schaden durch den Frost nicht entstanden ist. — Die Grenze zwischen dem Reich und der Tschechoslowakei soll neu vermessen, vermerkt und kartiert werden. Die Ausführung der Arbeiten geschieht auf der sächsisch-böhmischen Strecke deutscherseits durch das Sächsische Landesvermessungsamt und verteilt sich auf die Jahre 1930 und 1931. Das Reich erstattet Sachsen die Hälfte des veranschlagten Aufwands von 162 000 M. Für 1930 wird neben einem Gehaltsaufwand von 32 500 M. mit einem Sachaufwand von 55 000 M. gerechnet. Der Reichszuschuß beträgt fürs laufende Jahr 40 000 M. Die sächsische Regierung fordert im neuen Staatshaushaltsplan 52 500 M. zur Instandsetzung und Richtigstellung der Landesgrenze, davon sind

Sachsens Haushalt für 1930

Keine neuen Steuern.

Dem Sächsischen Landtag ist jetzt der Entwurf eines Gesetzes über den Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1930 mit den Entwürfen des ordentlichen und außerordentlichen Staatshaushaltsplanes zugegangen. Der ordentliche Etat balanciert in Einnahmen und Ausgaben mit 416 500 540 RM. Im außerordentlichen Etat werden 43 733 686 RM gefordert. Die vom Landtag bereits vorweg bewilligten 51 390 900 RM zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind im Etat mit 55 323 400 RM angelegt. Es sind also fast vier Millionen Reichsmark mehr eingestellt worden. Nach dem Staatshaushaltsgesetz soll das Finanzministerium ermächtigt werden, zur Verstärkung der Betriebsmittel bis zu 30 Millionen Reichsmark Darlehen aufzunehmen. Der Landesanteil an der Kraftfahrzeugsteuer soll mit 50 Prozent dem Staate, mit 41 Prozent den Bezirksverbänden und bezirksfreien Gemeinden und mit 5 Prozent dem Wegebaustad zugute kommen.

Der Bezirksanteil an der Kraftfahrzeugsteuer soll für die erste Hälfte 1930 nach dem Verhältnis des Zugtiersteuerfalls, für die zweite Hälfte des Rechnungsjahres zur Hälfte nach der Zahl der Kraftfahrzeuge verteilt werden. Der Landesanteil an der Mineralwassersteuer soll in voller Höhe dem Lastenausgleichsstock zugute kommen (1 950 000 RM), also ausschließlich an die Gemeinden fließen. Der Landesanteil an der Biersteuer soll 1930 dem Staate überlassen bleiben. Die Gemeinden erhalten im Rechnungsjahr 1930 — abgesehen von dem einmaligen Sonderzuschuß von vier Millionen Reichsmark ein halbes Prozent des Landesanteiles an der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Außerdem sollen den Bezirksfürsorgeverbänden weitere 2,5 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt werden. Ein außerordentlicher Zuschuß in Höhe von 1 325 000 Reichsmark soll dem Lastenausgleichsstock überwiehen werden.

In den Vorbemerkungen zum Staatshaushaltsplan für 1930 wird ausgeführt, daß ein Ausgleich des ordentlichen Staatshaushalts unbedingterforderlich gemessen sei. Verschiedene Ausgaben hätten sich zwangsläufig erhöhen müssen, so unter anderem die Jnstenlast für Staatsschulden um 2,6 Millionen Reichsmark, der Bedarf für Anleiheentlastung um 919 000 RM, der Zuschußbedarf bei Verlorungsbezügen und die Befoldungslasten. Dem standen auf der anderen Seite vermehrte Einnahmen (Erlöse aus Holzverkäufen und Ueberweilungssteuern) in Höhe von 7 280 000 RM gegenüber. Dieser Gesamterlöschterung des Etats um über 13 Millionen standen auf der anderen Seite erhöhte Erträge der Landessteuern um 5 150 000 RM und die Einnahmen aus der Biersteuer in Höhe von 6 346 000 Reichsmark gegenüber. Man habe grundsätzlich davon abgesehen, neue Steuern oder Steuererhöhungen vorzuschlagen. Dagegen seien die Ausgaben des Staatsvermögens und der Staatsanstalten um rund 2,5 Millionen Reichsmark gestiegen. Bei Senkung der Ausgaben habe man darauf verzichtet, eine Abwälzung auf andere Träger (Gemeinden und Gemeindevorstände) herbeizuführen. Die Regierung habe vielmehr durch ihre Ausgabenentlastungen, so besonders bei den Polizei- und Schullasten, auch die Gemeinden ufw. mitentlastet. Eine Herabsetzung der sozialen Ausgaben sei nach Möglichkeit vermieden worden. Unter Zuhilfenahme gewisser Ausnahmen seien die Mittel für Reisefosten und allgemeine Geschäftsbedürfnisse um 5 Prozent gesenkt worden. Das bedeute eine Ersparnis von 400 000 RM.

An dem Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern und Land und Gemeinden werde für das Rechnungsjahr 1930 nichts geändert werden.

3000 M. zur Beseitigung von Grenzschäden an der sächsisch-preussischen und sächsisch-thüringischen Grenze nötig.

— Zeige an, was Du zu verkaufen hast! Diese Mahnung an das Publikum ist besonders in der Vorweihnachtszeit am Platze. Die langen Winterabende bringen es naturgemäß mit sich, daß die Zeitung aufmerksamer und gründlicher gelesen wird, als zu jeder anderen Jahreszeit. Deshalb ist ein Inserat viel wirksamer als irgend eine andere Reklame, denn es wird von allen gelesen, während Schaufensteraklagen oder Plakatanfendigungen nur von einem kleinen Teil der Vorübergehenden beachtet werden, und bei schlechtem Wetter geschieht dies sogar nicht einmal. Jetzt ist günstigste Zeit zum Inserieren, nicht doch das liebe Weihnachtsfest, für das schon jetzt Geschenke eingekauft werden. Es empfiehlt sich also, jetzt schon seine Waren in der Zeitung zu empfehlen.

Reinholdshain. Die Bibelstunden sollen in diesem Winter in der Schule gehalten werden. Die erste findet am morgenden Donnerstag (nicht Freitag) abends um 8 Uhr statt.

Reinhardtsgrimma. In der Nacht zum Dienstag sind dem Gutsherrn Kurt Fißler, hier, 2 Bienenstöcke mit Inhalt im Werte von 160 RM gestohlen worden. Die Diebe sind auf einem Motorrad mit Beiwagen angefahren, haben die Bienenstöcke aufgeladen und sind dann in Richtung Lungwitz ge-

von den gesamten Ausgaben des vorliegenden Haushaltsplanentwurfes entfallen — nach Kürzung der Erstattung von Dritten — 234 389 524 RM, das sind 64,8 Prozent, auf persönliche Ausgaben (460 000 RM mehr als im Vorjahre), 121 919 848 RM, das sind 33,7 Prozent, auf fortbauernde sächsische Ausgaben (12,6 Millionen Reichsmark weniger als im Vorjahre) und 5 442 408 RM, das sind 1,5 Prozent, auf einmalige Ausgaben (5 Millionen weniger). Von den Rohelnnahmen entfallen 249 816 000 RM, das sind 60 Prozent auf Steuern (plus 5,34 Millionen), 44 400 000 Reichsmark, das sind 10,7 Prozent auf Nutzungen des Staatsvermögens, 54 750 000 RM, das sind 13,1 Prozent, auf Erstattung von Dritten, 67 536 000 RM, das sind 16,2 Prozent, auf Verwaltungseinnahmen (4,7 Millionen Reichsmark mehr).

Die fundierten Schulden betragen nach dem Stande vom 30. September 1930 75 192 236 RM, davon entfallen 45 Millionen auf die sechszehnjährige Anleihe von 1927 und 29 573 128 RM auf die Aktiengesellschaft Sächsische Werke. Die schwebenden Schulden belaufen sich am gleichen Tage auf insgesamt 187 950 772 RM. Offene Kredite stehen noch in Höhe von 33 776 300 RM zur Verfügung.

Von den Beamtenstellen der unteren Befoldungsgruppen sollen etwa vierhundert in Zukunft wegfallen. Diese Stellen sollen durch Arbeiter besetzt werden. Ein weiterer Abbau von Beamtenstellen ist im unteren Dienst nicht beabsichtigt. Die planmäßigen Beamtenstellen haben sich um 155 vermehrt. Der Haushaltsplan weist 3296 Angestellte aus gegenüber 2755 im Vorjahre. Die tatsächliche Vermehrung beträgt nur 126 Kräfte.

Für Bauten und Bauunterhaltung werden insgesamt 13 059 810 RM angefordert gegenüber 17 887 110 RM im Vorjahre. Auf in Ausführung begriffene Bauten entfallen davon 4 439 850 RM (Krankenstift Zwickau 932 000, Deutsches Hygiene-Museum 250 000, Bergakademie Freiberg 166 000, Frauenklinik Leipzig 693 000, Technische Hochschule Dresden 640 000 RM). Für Neubauten werden 1 668 300 RM verlangt, darunter 950 000 RM für das Polizeipräsidium in Chemnitz. Der laufende Bauaufwand erfordert 6 951 660 RM, davon entfallen auf Hochbauwesen 3,9 Millionen, auf Universität Leipzig 562 000 RM, auf Ordnungspolizei 772 000 RM und auf Heil- und Pflegeanstalten 1 250 000 RM.

Im außerordentlichen Staatshaushalt werden insgesamt 43 733 686 RM angefordert. Hiervon entfallen auf das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium 17 950 000 RM, und zwar 11 450 000 RM für die werkschaffende Arbeitslofenfürsorge und 6,5 Millionen RM zur Unterstützung der Bezirksfürsorgeverbände, auf das Wirtschaftsministerium 901 836 RM, davon 681 836 RM für Landwirtschaftsbetriebe und je 100 000 RM auf das landwirtschaftliche und gewerbliche Schulwesen, 1 Million Reichsmark auf das Volkshochschulwesen, 1 Million Reichsmark auf den Umbau von Schulhäusern und 22 556 850 RM auf das Finanzministerium. Unter den größeren Posten sind hier zu nennen 8 Millionen RM für Staatsstraßen und 4 280 000 RM für Laspfennen, 2,5 Millionen Reichsmark an die Gewerkschaft „Gottesfegen“ in Lugau und 3 Millionen Reichsmark an die Landeskulturzentrenbank für Kleinwohnungsbau. Außerdem sind eingeleitet 1,5 Millionen Reichsmark für die staatlichen Kraftwagenunternehmungen und 1 Million zur Erhöhung des Grundkapitals der Sächsischen Staatsbank.

flüchtet. Sachdienliche Meldungen werden an den Gendarmerieposten Dippoldiswalde erbeten.

— Beim Besuch einer hiesigen Familie hat ein 15-jähriges Dienstmädchen aus Dresden ihren Galtgebern eine Damenarmbanduhr gestohlen.

— In einer hiesigen Gastwirtschaft ist ein Dresdner Jechbetrüger aufgetreten. Er machte eine Zeche und enterrnte sich dann unter dem Vorgeben, in 2 Stunden wiederzukommen. Das Wiederkommen vergah er aber. Es wird vor dem Gauner gewarnt.

Dresden. Am Montag vormittag fanden auf dem Sternplatz vor dem Gebäude der Ortskrankenkasse Ansammlungen Erwerbsloser statt. Als die Polizei die etwa 400 Personen, an die ein Redner eine aufreizende Ansprache richtete, zum Weitergehen aufforderte, wurden die Beamten tätlich angegriffen, so daß das Ueberfallkommando alarmiert werden mußte. Drei der Angreifer wurden festgenommen.

Wetter für morgen:

Keine wesentliche Aenderung. Nachts noch etwas strengere Frost.

Gleichheit der Rechte und Pflichten

General von Hammerstein über Heer und Verständigung
Paris, 3. Dezember.

Das „Echo de Paris“ gibt einen Auszug aus einer Rede wieder, die der Chef der deutschen Heeresleitung, General von Hammerstein-Equord bei einem Essen anlässlich des Ausscheidens des bisherigen französischen Militärattachés in Berlin, General Lournes, gehalten habe. General von Hammerstein habe bei dieser Gelegenheit dem Blatte zufolge ausgeführt, man sei überzeugt, daß die Führer und Offiziere des französischen Heeres über die Bestrebungen und über die nationalen Notwendigkeiten des deutschen Heeres Bescheid wüßten. Die Berufsoffiziere vergäßen und verschmähten den nationalen Haß, der sich aus dem Kriege ergeben habe; denn sie wüßten, daß die beiden Gegner nur gemüßigt ihrer Pflicht als Bürger und Soldaten nachzukommen seien.

Die Anerkennung dieser Lage sei der Ausgangspunkt eines gegenseitigen Verständens und einer Verständigung, die er, Hammerstein, auf der Grundlage der Gleichheit der Verpflichtungen und der Pflichten wünsche. Dieser Verständigung, aus der sich eine sichere Freundschaft entwickeln könnte, widerstehe sich das deutsche Heer keineswegs. Aber diese Freundschaft habe zur Voraussetzung, daß vor allem der Grundgedanke der Gleichheit der Rechte anerkannt werde. Niemals werde ein Unterdrückter eine lokale Freundschaft mit einem Unterdrückten besiegeln, ohne Loyalität gebe es keine wahre Freundschaft.

Schwere Waffen gegen den Kellogg-Pakt

Ablehnung eines deutschen Abrüstungsantrags in Genf
Genf, 3. Dezember.

Im Vorbereitenden Abrüstungsausschuß stand am Dienstag der deutsche Antrag über die Abschaffung bestimmter großer Angriffswaffen zur Abstimmung.

Er wurde mit zehn Stimmen gegen die beiden Stimmen Deutschlands und Rußlands bei 13 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Vorher hatte Graf Bernstorff darauf hingewiesen, daß verschiedene internationale Abkommen, insbesondere der Kellogg-Pakt, das Verbot des Angriffskrieges enthalten. Es sei ein Widerspruch, daß trotz dieser feierlichen Verpflichtung eine Abrüstungskonvention geschaffen werde, die eine ungehemmte Ansammlung der ausgesprochenen Angriffswaffen legalisiere.

Als Sprecher der Mehrheit wandte sich Politis-Griechenland gegen den deutschen Antrag. Er erklärte, man dürfe bei den Völkern nicht die Illusion erwecken, daß ein fünfjähriger Krieg weniger schrecklich sei als der Weltkrieg.

3:5

Rüstungs- und Revisionsverständnis mit Frankreich?
Paris, 3. Dezember.

Die „France Militaire“, das offizielle Organ des französischen Generalstabs, eine täglich erscheinende Zeitung, welche etwa dem deutschen Militär-Wochenblatt entspricht, hat während der letzten Wochen eine Artikelserie von Arnold Rehbeg veröffentlicht, in der dieser den Gedanken der Einigung zwischen Frankreich und Deutschland unter drei wesentlichen Bedingungen erörtert hat:

1. Deutschland und Frankreich garantieren sich gegenseitig ihre europäischen Grenzen gegen jeden Angriff seitens einer dritten Macht. Aufrüstung der deutschen Reichswehr im Verhältnis 3:5 zur französischen Armee bei zukünftig gleicher Rekrutierung und Bewaffnung beider Armeen. Beiden Armeen übergeordnetes Oberkommando, konstruiert aus deutschen und französischen Generalen mit dem Recht der Befehligung sowohl der deutschen wie der französischen Armee.

2. Danzig und der Weichselkorridor werden an Deutschland zurückgegeben, gegen gemeinsame militärische Garantie Deutschlands und Frankreichs für alle anderen polnischen Grenzen, und gegen deutsch-französische Garantien dafür, daß der polnische Handel durch Rückfall Danzigs und des Weichselkorridors an Deutschland nicht beeinträchtigt werde.

3. Herabsetzung der deutschen Reparationen auf ein Minimum durch gemeinsame deutsch-französische Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Zu dem letzten der Aufsätze Arnold Rehbegs, der am 27. November d. J. in der „France Militaire“ veröffentlicht worden ist, schreibt das Blatt des französischen Generalstabs:

„Wenn Frankreich den Eindruck hätte, daß das deutsche Volk, wenn auch nicht übereinstimmend, so doch in seiner großen Mehrheit, ebenso dachte wie Arnold Rehbeg, wenn Frankreich die Überzeugung gewänne, daß die deutsche Regierung — indem sie die Aufregungen einiger exaltierter Elemente entweder ignoriert oder ihnen Zügel anlegt — die Politik, welche Arnold Rehbeg vorgeschlagen hat, aufrichtig zu der ihrigen macht, dann ist es sehr wahrscheinlich, daß die deutsch-französische Einigung, die er vorschlägt, Schritt für Schritt zur Wirklichkeit werden könnte.“

Rüstungsfreiheit für Deutschland gefordert

Im Preussischen Landtag ist ein Antrag der Deutschen Fraktion eingegangen, worin das Staatsministerium ersucht wird, die Reichsregierung dringend aufzufordern, den früheren Feindbündnissen unermüßlich die Mitteilung zugehen zu lassen, daß Deutschland jetzt für sich die vollste Rüstungsfreiheit in Anspruch nimmt, nachdem die früheren Feindbündnisse eine allgemeine Abrüstung abgelehnt haben.

Vor der Reichstagsitzung

Berlin, 3. Dezember.

Wie wir erfahren, wird in der heutigen Sitzung des Reichstags der Kanzler noch nicht das Wort nehmen. Zunächst wird vielmehr Reichsfinanzminister Dietrich seiner Etat einbringen. Erst, wenn der Antrag kommt, die Aussprachen über die beiden Rotverordnungen mit dem Etat zu verbinden, wird der Kanzler zu den großen Fragen Stellung nehmen, die mit den Rotverordnungen zusammenhängen. Die Reichsregierung hält an ihrer Absicht fest, die Abstimmungen über die Rotverordnungen und eventuell zu erwartende Mißtrauensanträge bis Sonnabend durchzuführen. Ob das ge-

lingt, wird natürlich sehr stark von der rein technischen Möglichkeit abhängen, wie weit die Aussprache vor allzugroßer Unerföhrigkeit bewahrt werden kann.

Landwirtschaftsministerbesprechung

Berlin, 3. November.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand gestern eine Konferenz mit den Landwirtschafts- und Ernährungsministern der Länder statt. Reichsminister Dr. h. c. Schiele erörterte in eingehenden Darlegungen die Gesamtlage der Landwirtschaft und die zur Zeit schwebenden wichtigen agrarpolitischen Maßnahmen. In der eingehenden Diskussion, an der sich die Vertreter fast aller Länder beteiligten, wurde den teils durchgeführten, teils eingeleiteten Maßnahmen grundsätzlich zugestimmt und besonders die Notwendigkeit betont, in Zukunft das Gebiet der bäuerlichen Beredungswirtschaft stärker in den Rahmen der agrarpolitischen Fürsorge einzubeziehen.

Der Straßenbahnerstreik in Chemnitz

Zusammenstöße und Barrikadenbau

Chemnitz. Der Straßenbahnbetrieb, der nach einem Beschluß des Betriebsrats ab Dienstagfrüh ruhen sollte, konnte dessenungeachtet mit dem arbeitswilligen Personal in beschränktem Umfange aufgenommen werden.

An einigen Stellen versuchten Streikende, den Betrieb zu verhindern, doch schritt die Polizei energisch ein; sie mußte dabei teilweise vom Gummiknüppel Gebrauch machen. Als gegen Mittag ein Demonstrationzug streikender Straßenbahner und Arbeitsloser von der Schopauer Straße nach dem Bernsbach-Platz kam, kreuzte ein Straßenbahnwagen seinen Weg. Fahrer forderten die Menge auf, die Wagen umzufürzen, die Straßenbahner herauszuholen und zu verprügeln. Im Moment des Angriffs der Menge kam ein Polizeiauto hinzu, auf dem nur zwanzig Mann saßen. Die Polizei riegelte zuerst den Wagen ab und konnte unter Anwendung des Gummiknüppels die Masse in die Ritterstraße drücken, wurde aber gleichzeitig im Rücken von ungefähr 500 Mann angegriffen. Nunmehr bildete die Polizei ein Karree und pflanzte das Seitengewehr auf. Es gelang ihr so, die Menge von sich abzuhalten und mit Hilfe von Gummiknüppeln und Bajonetten in die Seitenstraßen abzurängen. Die angehaltene Straßenbahn konnte weiterfahren.

Auch an anderen Stellen der Stadt haben sich verschiedene Zwischenfälle ereignet. Dabei wurden in einigen Straßen barrikadenartige Hindernisse zur Verhinderung des Straßenbahnverkehrs errichtet. Die Polizei unter teilweise Hinzuziehung der Feuerwehr beseitigte die Barrikaden. An einer Stelle an der Palm- und Dresdener Straße ist versucht worden, einen Straßenbahnwagen umzuwerfen, außerdem sind Wagen an verschiedenen Stellen mit Steinen beworfen worden. Eine Anzahl Personen wurde festgenommen, darunter die beiden Führer des Betriebsrats, Raumann und Schubert. An den meisten Straßenbahnhaltestellen hatten sich größere Ansammlungen gebildet, die durch die Polizei zerstreut wurden.

Umzugs- und Versammlungsverbot

Das Polizeipräsidium hat auf Grund verschiedener Ausschreitungen, die sich während des Streiks der Straßenbahner ereignet haben, mit sofortiger Wirkung alle Umzüge sowie Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Bisher wurden von der Polizei insgesamt 24 Personen, die an Sabotageakten teilgenommen haben sollen, festgenommen. Das Betriebsamt der städtischen Straßenbahn hält auch in den Nachmittagsstunden mit Hilfe des arbeitswilligen Personals den Straßenbahnverkehr in beschränktem Umfange aufrecht.

Der Rotverkehr mußte bereits gegen 5 Uhr nachmittags eingestellt werden. Die letzten einmündigen Wagen auf der Gabelberger Linie wurden von Streikenden und Erwerbslosen bedrängt, das Fahrpersonal und die Fahrgäste beschimpft und bedroht. Da bei Eintritt der Dunkelheit mit Sabotageakt gerechnet wird, hat die Polizei für die ganze Nacht einer großen Streifenbesatzung organisiert. Die Chemnitzer Polizei ist durch auswärtige Kräfte verstärkt worden.

Nach einer Mitteilung der Straßenbahndirektion streiker von dem Bahnpersonal etwa 160 Mann, während 1000 Mann sich für die Weiterarbeit erklärt haben; die Angestellten haben ihre Streikbeteiligung abgelehnt.

Die Zahl der während der Zusammenstöße festgenommenen Personen beläuft sich auf etwa 50. — Auch die Autobusse, die der Verwaltung der Straßenbahn unterstehen, sind außer Betrieb gesetzt worden.

Gerichtssaal

Der Bernsgrüner Kommunistenprozess

Vor dem Gemeinamen Schöffengericht Zwickau begann der sogenannte Bernsgrüner Kommunistenprozess, für den eine Verhandlungsdauer von etwa 18 Tagen in Aussicht genommen ist. Es handelt sich um die bekannten Vorgänge in Bernsgrün am 28. September, wobei vier der von Kommunisten überfallenen Nationalsozialisten schwer verletzt worden waren. Es haben sich 54 Angeklagte zu verantworten. Mehr als 300 Zeugen sind geladen.

Gefängnisstrafen für fahrlässige Bauarbeiter

Der 18jährige Arbeiter Edgar Heger aus Volkstedt bei Rudolstadt wurde vor einiger Zeit bei Arbeiten in einer Baugrube in Unterweilendorn von stürzenden Erdbmassen befallen und hatte dabei den Erstickenstod gefunden. Unter der Beschuldigung, den Tod des Arbeiters durch unvorschriftsmäßige Abböschung der Baugrube verursacht zu haben, wurden jetzt vom Rudolstädter Schöffengericht der Bautechniker Willi H. Mann aus Görlitz zu drei Monaten und der Polier Willi Beyer aus Chemnitz zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Wegen Amtsunterschlagung vor Gericht

Am 9. September ds. Js. war der 68 Jahre alte Bürgermeister L. R. Robert Rosenfeld aus Chemnitz vom Chemnitzer Gemeinamen Schöffengericht zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden. Rosenfeld hatte als Geschäftsführer mehrerer Versorgungsverbände etwa 55 000 RM unterschlagen und sie in ein Unternehmen, an dem er selbst beteiligt war, gesteckt. Es handelte sich dabei um die „Granulitwerke Markersdorf“, die bald darauf in Konkurs gerieten, wodurch ein großer Teil des Geldes verloren ging. Rosenfeld hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt, mit der

sich nunmehr die dritte Strafkammer des Landgerichts Chemnitz zu befassen hatte. Das Gericht nahm neben der Untreue nur einfache Amtsunterschlagung an und ermäßigte die Strafe gegen Rosenfeld auf acht Monate Gefängnis.

Zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Das Bonner Schwurgericht fällt in dem Prozeß gegen den Honnefer Anstreichergehilfen Peter Reunkirchen, der am 28. 6. 1930 in Honnef das Ehepaar Kraus in seinem Häuschen überfallen, ermordet und beraubt hatte, das Urteil. Der Angeklagte, der ein volles Geständnis abgelegt hatte, wurde wegen räuberischen Diebstahls in Tateinheit mit Totschlag zu lebenslänglichem Zuchthaus sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt. Das Gericht will ein Gnabengesuch befürworten, damit der Angeklagte nur 15 Jahre zu verbüßen hat, da er erblich belastet ist.

Todesurteil. Das Schwurgericht Frankenthal verurteilte nach eintägiger Verhandlung den 22jährigen Gelegenheitsarbeiter Kurt Adam aus Mannheim wegen vorläufigen Mordes zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und wegen Unterschlagung zu einem Jahr Gefängnis. Adam hatte am 19. Oktober d. J. den Schuhmachermeister Dietrich in Ludwigshafen, mit dem er bekannt war, in dessen Werkstatt ermordet. Einen Teil des im Besitz des Ermordeten befindlichen Geldes hatte er an sich genommen und in Mannheimer Wirtschaften durchgebracht.

Um die Pensionsansprüche Ehrhardts

Kammergerichtsurteil aufgehoben

Leipzig, 3. Dezember.

In dem Prozeß um die Pensionsansprüche des Kapitäns Ehrhardt gegen das Deutsche Reich hat das Reichsgericht das Urteil des Kammergerichts vom 24. September 1929 zu neuer Verhandlung und Entscheidung an das Kammergericht zurückgewiesen, das Ehrhardt die volle Pension zugesprochen hatte. Nach Ansicht des Reichsgerichts kann die Auffassung des Kammergerichts nicht als genügend begründet angesehen werden, daß das Reich durch sein Verhalten nach dem Kapp-Putsch auf Schadenersatzansprüche gegen Ehrhardt verzichtet habe.

Hohe Geldstrafen im Spritkugelmugler-Prozess

Berlin, 3. Dezember.

In dem großen Spritkugelmugler-Prozess wurde gestern abend das Urteil verkündet. Von den 16 Angeklagten wurden 13 verurteilt und 3 freigesprochen. Wegen bandenmäßigen Bandenbruchs in Tateinheit mit Monopolverstoßhinterziehung erhielt der Ingenieur Bauer ein Jahr zwei Monate Gefängnis und Geld- und Werterlassstrafen von insgesamt 525 000 RM. Kommerzienrat Karl Lindemann wegen desselben Vergehens unter Einbeziehung der gegen ihn bereits erkannten Strafe wegen Betrugs durch Kurstreiber eine Gesamtstrafe von zwei Jahren neun Monaten Gefängnis sowie Geld- und Werterlassstrafen von 275 000 RM. Otto Lindemann eine Gesamtstrafe von einem Jahr neun Monaten Gefängnis und Geld- und Werterlassstrafen von 310 000 RM, der Angeklagte Böhrer sieben Monate Gefängnis und 300 000 RM Geld- und Werterlassstrafen, das für die Gefängnisstrafe Bewährungsfrist. Die übrigen Angeklagten wurden zu drei bis neun Monaten Gefängnis zum Teil ebenfalls mit Bewährungsfrist, und zu Geld- und Werterlassstrafen bis zu 60 000 RM verurteilt. Die Brüder Kar und Otto Lindemann erhielten außerdem je drei Jahr Ehrenrechtsverlust zuerkannt. Der beschlagnahmte Sprit wurde für verfallen erklärt und das Motorboot „Anae“ beschlagnahmt.

Berschiedenes

Räuber auf der Landstraße

Osterrück. Das Geschäftsfuhrwerk des Bäckermeisters A. aus Wasserleben, der regelmäßig über Land fährt und abends die eintaschierten Gelder nach Hause bringt, wurde auf der Landstraße von Wasserleben nach Berkel von einem Weigelagerer angehalten. Der Mann stellte sich plötzlich auf die Straße und rief unter Vorhalten eines Revolvers: „Halt Geld her!“ Die beiden Insassen des Wagens trieben die Pferde an und fuhren schnellstens weiter. Sie benachrichtigten bei ihrer Ankunft in Wasserleben sofort die Landjäger deren Bemühen es gelang, den Täter in Langeln festzunehmen. Es handelt sich um einen früher bei dem Meister beschäftigt gewesenen Bäckergehilfen, der erst vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen worden war.

Betriebsstilllegung im Tabakgewerbe

Altenburg. Die drohende Erhöhung des Tabakzollens mit Beginn des kommenden Jahres hat in der Tabakfabrikation große Erregung geschaffen. Sie hat bereits dazu geführt, daß die in Altenburg und Umgegend anhängige Tabakindustrie Anträge auf Betriebsstilllegung vom 1. Januar 1931 gestellt hat. Bei Durchführung einer solchen Maßnahme würden insgesamt 700 Arbeiter brotlos werden. Das Ministerium ist von dem Ernst der Lage in der hiesigen Tabakindustrie unterrichtet worden.

Weihnachtsgebäck und Pfefferkuchen

Nachdem die erste Adventsterze am vergangenen Sonntag entzündet worden ist, wird in den meisten Gegenden Deutschlands mit dem Weihnachtsgebäck begonnen. In vielen Familien haben sich hierzu alte Hausrezepte vererbt, die das Geheimnis der Familie bleiben. Es ist der Stolz der Hausfrau, wenn sie zu Weihnachten ihre Freunde und Bekannten mit ihrem Hausgebäck überraschen kann. Aus diesen überlieferten alten Hausrezepten erklärt sich wohl auch die Vielheit des Weihnachtsgebäcks. Es wäre zweifellos nicht ohne Interesse, zu erfahren, wie viele solcher Weihnachtsgebäckarten es in Deutschland gibt. Lebkuchen, Zimtwecken, Banilleplätzchen, Honigkuchen in allen Arten, Pfefferkuchen, Pfeffernüsse und wer kennt all die Namen für die Süßigkeiten, die unbedingt Weihnachten auf die bunte Süßigkeit gehören.

Wes davon ist suchen für tun hat, durchweg befindet weitergele suchen für alter, das tage, der nige, dem und gute gemahlte besten S „pfefferte „Pfeffer süßen S dann ver der Pfe bäd, den an die Weihnach und Klein daß sie f

Richt Wir me Läftiger Worten wollen h ist, der Berunrei aber Me über an! Achtung als die in die G zur Spr bei dann aber nicht Der manchen immer vor der Nächsten

Dippe ist die V r i g t a l ten, und die Mit Kollegen allem fest sitzenden nig Inle die Ver ren Bes Reihe A gleichen. günstiger wirtsver bundes k ersterer wirtsver Radionom schen G Woll- u nis war wurde n ordnung eine Re Verein gewiesen zugeben. bringt. eine Erf Eine Sit „Weißer sich vor über der die des hergehen erhöhung ein Bef daß vor gefahren abgelehnt personal führung j wurde b am We doch wu schließen soll Pol freie Ar res soll, ein Gau den, zu Unterbr zeugen Eihung Februar In diese geben. Kollegen Kollegen Wehna die Ver — das seit

Weshalb aber Pfefferkuchen? Jeder hat sich wohl davon überzeugen können, daß dieses den Namen Pfefferkuchen führende Gebäck nicht das Mindeste mit Pfeffer zu tun hat. Gewiß zeichnet dieses Weihnachtsgebäck fast durchweg besondere Würzigkeit aus, aber kein Pfefferkorn befindet sich unter diesen Gewürzen. Man muß also schon weitergehen und nach der Herkunft der Bezeichnung Pfefferkuchen forschen. Da erfährt man denn, daß man im Mittelalter, das noch für derbere Späße Sinn hatte, am Stefans- tage, dem 26. Dezember, am Tage der heiligen Drei Könige, dem 5. Januar, seinen Anverwandten, lieben Nächsten und guten Freunden nächstlicher Weise einen Besuch mit gutgewählten Wacholderzweigen abstatzte. Während diese im besten Schutze lagen, fiel man mit Ruten über sie her und „pfefferte“ sie gründlich. Als Pflaster auf die schmerzende „Pfefferung“ brachte man den so überfallenen Tags darauf süßen Kuchen und bald war die nächtliche Lieberaschung dann vergessen. Also nur insofern hat das „Pfeffern“, nicht der Pfeffer, eine lose Verbindung mit dem Weihnachtsgebäck, dem Pfefferkuchen. Nur eine ganz zarte Andeutung an die „Pfeffer“ruten des Mittelalters sind die heutigen Weihnachtsruten, mit welchen Freund Nikolaus den großen und kleinen Kindern droht, die nicht von sich sagen dürfen, daß sie stets artig und brav waren.

Hüte Deine Zunge!

Nicht alle wissen eine sorgfältige Mundpflege zu schätzen. Wir meinen in diesem Falle nicht die hygienische Seite. Richtig sind jene Mäuler, die tagtäglich einen Unrat von Worten von sich geben. Die Sprechwerkzeuge des Menschen wollen beherrscht sein, und wenn die Erregung noch so groß ist, der beherrschte Mensch wird auch dann sich nicht zur Verunreinigung seines Mundes hinreißen lassen. Es gibt aber Menschen, denen es innere Befriedigung zu sein scheint, über andere mit schmutzigem Klatsch herzugreifen, sie in der Achtung der Mitmenschen herabzumüßigen und sich dabei als die Unanfechtbaren aufzuspielen. Man höre nur einmal in die Gerichtssäle hinein, in denen täglich Verleumdungen zur Sprache gebracht und mit Strafen geahndet werden, wobei dann das Schandmaul zwar der leidtragende Teil ist, aber nicht mehr gutmachen kann, was es angerichtet hat.

Der scharfe politische Kampf unserer Parteien läßt auch manchen ehlen Charakter aus der Rolle fallen. Wir sollten immer — der Volksmund hat das Richtige gesagt — erst vor der eigenen Tür lehren, ehe wir den Stein auf den Nächsten werfen.

Vertliches und Sächsisches

Dippoldiswalde. Jeweils am 1. Dienstag des Monats ist die Versammlung des Gastwirtsvereins Weichertal Dippoldiswalde u. U. Das wird streng eingehalten, und darum versammelten sich auch gestern nachmittag die Mitglieder des Vereins im „Freiberger Hof“, hier, bei Kollegen Arnold. Der Besuch ließ zu wünschen übrig, vor allem fehlten die Kollegen aus der Stadt, was den Vorsitzenden zu der Erklärung veranlaßte, daß man bei so wenig Interesse dieser Kollegen schon früher wieder als sonst die Versammlungen auswärts halten müsse, um einem früheren Beschlusse gerecht zu werden. Eingegangen waren eine Reihe Angebote auf Automaten, Buchführungen und dergleichen. Weiter wies der Vorsitzende auf die wesentlich günstigeren Leistungen der Begräbniskasse des Sächs. Gastwirtsverbandes gegenüber der des Deutschen Gastwirtsverbandes hin und daß im Falle einer Versicherung, diese bei ersterer abzuschließen. Ein Rundschreiben des Sächs. Gastwirtsverbandes beschäftigte sich mit der Lantienpflicht der Radiomusik und mit dem Rechtsschutz, ein solches des Deutschen Gastwirtsverbandes mit der besseren Umhüllung der Woll- und Steppdecken in Liebernachtungslokalen. Kenntnis wurde genommen von einer Abmeldung; ein Kollege wurde neu aufgenommen. Der weitere Punkt der Tagesordnung betraf die Gemeinde-Getränksteuer. Dazu lagen eine Reihe Denkschriften vor, darunter auch die, die vom Verein an die Gemeindevertreter verteilt worden ist. Hingewiesen wurde immer wieder, nicht auf eine Pauschale einzugehen. Im übrigen will man abwarten, was die Zukunft bringt. Am 1. Oktober ist die Biersteuer erhöht worden; eine Erhöhung der Bierpreise hat jedoch nicht stattgefunden. Eine Sitzung der drei Verbände im Bezirk (Gastwirtsverein Weichertal, „Mühlthal“ und Saalhaberverein) hat sich vor kurzem mit dieser Frage erneut beschäftigt. Gegenüber den Mitgliedern der beiden anderen Verbände haben die des Gastwirtsvereins „Weichertal“ schon bei den vorhergehenden zwei Steuer-Erhöhungen keine Bierpreis-erhöhung eintreten lassen. Nach längerer Debatte wurde ein Beschluß auch diesmal ausgefällt. Mitgeteilt wurde, daß von den in letzter Sitzung vorgelegenen Konzeptions- gesuchen eines genehmigt, die anderen vom Bezirksausschuß abgelehnt worden sind, und daß weibliches Bedienungspersonal in Sachsen 21 Jahre alt sein muß. Die Beschäftigung jüngerer Personals ist unter Strafe gestellt. Hierauf wurde besonders aufmerksam gemacht. Der Geschäftsbesuch am Weihnachtshelligabend wird jedem Kollegen überlassen, doch wurde darum gebeten, möglichst spätestens 8 Uhr zu schließen. Für die beiden Weihnachtsfeiertage und Neujahr soll Polizeistunden-Verlängerung bis 3 Uhr, für Silvester freie Nacht nachgeschickt werden. Am 5. Juli nächsten Jahres soll, wie der Vorsitzende bekannt gab, in Dippoldiswalde ein Gau-Stern-Treffen vom Stahlhelm Ostfachsen stattfinden, zu dem gegen 3000 Gäste erwartet werden. Deren Anferbringung, wie auch die von Pferden und Autos, Fahrzeugen und Feldküchen wird später in einer besonderen Sitzung der Dippoldiswalder Kollegen beraten werden. Im Februar wird ein Werbefest vom Stahlhelm vorausgehen. An diesem Abend wird die Stahlhelmkapelle ein Konzert geben. Die nächste Versammlung soll im Steinbruch bei Kollegen Schmidt, die Hauptversammlung im Februar bei Kollegen König im Schützenhaus stattfinden. Mit besten Weihnachtswünschen schloß Vorsitzender Kollege Laubert die Versammlung.

— Gerümpel. Anfang Dezember pflegen viele Leute das seit Jahresfrist angefallene Gerümpel (alte Konser-

venbüchsen, zerbrochene Töpfe, schadhast gewordenes Kochgeschirr, Arzneiflaschen usw.) vor die Türe zu fahren, um bei einbrechender Dunkelheit den unnützen Kram irgendwo abzuladen. Man guckt sich ein paar Mal ängstlich um, ob nicht irgendwo das „Auge des Gesetzes“ wacht, denn ein bißchen pocht das Gewissen ja doch, da man ganz genau weiß, daß solche Landschaftsverwundung durch den häßlichen Plunderschwarz ist. Manch einer betäubt sein Gewissen mit dem Gedanken, daß es ja nun doch bald schneit und der weiße Wintermantel dann den verhänglichen Platz zudeckt. Ja, daß im Frühjahr der Schnee aber wieder schmilzt und der Schandfleck wieder offenbar wird, das bedenkt man im Augenblick nicht, abgesehen davon, daß der Schutt dann auch noch auf Gemeindefunkosten beseitigt werden muß. Wenn schon so wenig Staatsbürgergeist und Pflichtgefühl für die Gemeinschaft vorhanden ist, so sollten wenigstens der Schönheitssinn und die Liebe zur Heimat davon abhalten, Schutt und Scherben allenthalben abzuladen; jede Gemeinde hat ihren Schuttablageplatz. Und nur da, nicht an jedem Abhang, nicht an jeder Steinhalde, nicht an jedem Waldrand, nicht an jedem Bachufer sollte Schutt und Geschiebe, Geröll und Gerümpel und aller Scherbenkram gestapelt werden.

— Blühende Aeste. In einer sehr verbreiteten Wochenzeitung war kürzlich ein Verfahren beschrieben, wie man zur Winterszeit die Zimmer mit blühenden Zweigen schmücken könne. Das Verfahren sieht voraus, daß man die Bäume und Sträucher erst der knospenreichen Zweige beraubt. Wenn jemand die Ziersträucher oder Obstbäume seines Gartens in dieser Weise plündern will, so läßt sich dagegen nichts einwenden, denn mit seinem Eigentum kann der Mensch ja leider Gottes so leicht umgehen, wie er will. Ob er wirklich so herrlich blühende Zweige erzielt, ist ja trotzdem noch die große Frage. Die Erfahrung lehrt nun aber, daß durch solche Kosteln, die von Hunderttausenden gelesen werden, eine insofern recht unheilvolle Wirkung ausgeht, als nicht die Gärten, sondern die freie Natur geplündert wird. In allen Gauen des deutschen Vaterlandes kennt man die ernsthaften Bestrebungen aller wahren Naturfreunde, die Heimat vor Raub und Plünderung zu schützen. Was nützt aber alle Aufklärung, wenn sonst vortrefflich geleitete Zeitungen durch solche „Anzeige“ alle Schutzbemühungen durchbrechen? Bei den Versuchen, „Barbara-Zweige“ zu gewinnen, kommt, wie wir schon einmal betont haben, nie etwas Gutes heraus und deshalb lasse man die Finger davon und schone Baum und Strauch der Heimatfluren anstatt herumzuschneiden.

— Die „Sächsische Evangelische Korrespondenz“ schreibt: Schon in den letzten Jahren haben die Bestrebungen, die gegen eine Häufung, Uebertreibung und Verflachung der Weihnachtsfeiern anzukämpfen suchten, nicht nur in kirchlichen Kreisen, sondern auch in weltlichen Kreisen des Volkes überhaupt immer mehr Verständnis gefunden. In diesem Jahre wird nun endlich die Not dazu zwingen, auch da überzeugend zu wirken, wo man sich noch nicht entschließen konnte, die Weihnachtsfeiern einzuführen oder gar einzustellen. Es wäre unverantwortlich, wenn man in diesem schweren Winter die Weihnachtszeit wieder dazu benützen wollte, Betrieb zu machen, Feste zu feiern und dabei zu tanzen, Aufführungen zu veranstalten, die zum Weihnachtsfeste oft so gut wie gar keine Beziehungen mehr haben, unsere Kinder aber zur Eitelkeit verleiten, mit endlosen „Darbietungen“ und den dabei vermeintlichen „Umrahmungen“ aufzuwarten und rührselig zu wirken und — was das Schlimmste ist — armen Leuten zuzumuten, daß sie sich öffentlich beschenken lassen, daß sie sich an Ort und Stelle sehr erfreut zeigen und sich auch schön bedanken müssen! Es ist zu hoffen, daß die Körperschaften, Verbände und Vereine in diesem Jahre auf solche Veranstaltungen verzichten, die zu einem Mißbrauche des Weihnachtsfestes geworden sind, das zarte Weihnachtsfest vielfach erstickt und den christlichen Weihnachtsglauben weiblich beiseite geschoben haben. Dagegen darf man wohl erwarten, daß die Vereine und ihre Mitglieder sich umso tatkräftiger und persönlicher einsetzen für die allgemeine Nothilfe, die jetzt zum Kampfe rüstet gegen die ungeheure Not dieses Winters, der zur Entscheidung drängt, daß sie viel Gutes in der Stille tun und wirklich helfen von Haus zu Haus, von Mensch zu Mensch, von Herz zu Herz. Um so dankbarer, um so inniger wird das Weihnachtsfest selbst wieder gefeiert werden, wo es hingehört, in der Kirche, wo das Weihnachtsevangelium verkündet wird, die frohe Botschaft, ohne die das Weihnachtsfest keinen Sinn mehr hätte, und in der Familie, für die Weihnachten in erster Linie das Fest der Liebe ist, in der die Familie stark werden muß, wenn das Volk leben soll. Besonders schlichte, eindrucksvolle Weihnachtsfeiern werden natürlich immer zu veranstalten sein in Krankenhäusern, Anstalten und Heimen, wie überhaupt für einfache Menschen, die keine Familie und keinen Familienanschluß haben. Aber das Fest muß frei werden von Weihnachtsfeiern, die wirklich nicht nötig sind, die nur der Unterhaltung oder einer falschen „Erbauung“ dienen und von der frohen Botschaft „Euch ist heute der Heiland geboren!“ nur ablenken.

Schmiedberg. Am ersten Advent, abends 8 Uhr, fand im Fremdenhof „zur Post“ unter zahlreicher Beteiligung der Gemeinden Schmiedberg und Niederpöbel die Kirchgemeindeversammlung statt. Im Mittelpunkt derselben stand ein Vortrag des Orts Pfarrers Müller über das Thema: „Das Schicksal der Arbeiter“. An den Ausführungen dieses Vortrags schloß sich noch kurzer Pause eine verschiedenartige Aussprache an. Im zweiten Teil des Abends wurde ein Jahresbericht über das kirchliche Wesen gegeben. Hierbei knüpfte Pfarrer Müller die Bitte an, für die Ausgestaltung des neuen Friedhofes mit Bedacht sein zu wollen. Es gilt, ihn nach zu verschönern, Bäume anzupflanzen und dergl. Die Mittel der Kirchkasse reichen leider hierzu nicht aus. Mit Dankworten für den zahlreichen Besuch schloß Pfarrer Müller gegen 11 Uhr die Versammlung.

Selbsdorf. Der Freie Turn- und Sportverein zu Selbsdorf führte in Gemeinschaft mit den Turnerinnen des

freien Turnvereins von Rabenau am Sonntag im Erbgasthof ein Bühnenschauturnen auf, das sich eines regen Besuches erfreuen konnte. Mit einem gut vorgetragenen Konzertstück der Leglerkapelle wurde der Abend eingeleitet, worauf der Vorsitzende Gerhard Meyer allen herzlich willkommenes Worte bot. Im 1. Teil des Schauturnens wurden Bewegungsübungen der Jugendturner, Übungen am Hochbarren der Turner, Hammer-schwingen der Männer, die Arbeit verhöhrern, vorgeführt. Rübungen der Rabenauer Turnerinnen, Mattenturnen und Fackelschwingen der Turner folgten. Im 2. Teil turnten Jugendturner am Stäbbarren, die Sportler brachten Freilübungen. Besonders gefielen die Tänze der Rabenauer Turnerinnen, welche auch wiederholt werden mußten. Rechten Beifall lösten die schneidigen Übungen der Turner am Hochreck aus. Auch die verschiedenen Massengruppendarstellungen fanden Anklang und zeugten von guter Zusammenarbeit. Ein kurzer Nachspruch und ein Schlusmarsch des Spielmannszuges liehen das Programm, das, im Ganzen genommen, nur gute Leistungen zeitigte, ausklingen. Ein Länzchen schloß sich an.

Kreitscha. Im Gasthof „Lahle“ in Lungwitz tagte am Montag der Gebirgsverein Kreitscha u. Umg. Der Vorsitzende berichtete zuerst über die Tätigkeit der beiden Hauptvereine, „Verkehrsverband für die Sächsische Schweiz“ und „Gebirgsverein für die Sächsische Schweiz“, welchen Kreitscha als Mitglied bzw. als korporatives Mitglied angeschlossen ist und besprach alsdann heimatische Verkehrs- und Verschönerungsangelegenheiten. Wegweiser und Bänke sind wieder in Ordnung gebracht und die Markierungen durchgeführt worden. Mit Bedauern stellte man fest, daß die Anlage der Starkstromleitung über den Wilsch mit ihren starren Eisenkonstruktionen und der Breite ihres Einschnittes durch den Wald im Landschaftsbild recht störend wirkte und verschiedene Windbrüche gezeitigt habe. Die Felspalte am Wilsch, die sich immer mehr vergrößert und die Ruppe gefährdet, soll nach Rücksprache mit dem Heimatschutz vermauert werden, auch beschloß man, einen bequemeren und sicheren Auf- und Abstieg nach und von dem vielbegangenen reizenden Bernhardswege herzustellen. Der Verein feiert Anfang nächsten Jahres ein 25-jähriges Bestehen, wozu ein Ausschuß gewählt wurde, der die Vorbereitung und Ausführung des Jubiläums bewirken soll.

Glashütte. Ihre Meisterprüfung im Fleischerhandwerk legten kürzlich vor dem Fachprüfungsausschuß mit Erfolg ab die Fleischergehilfen Walter Appell—Glashütte, Martin Lange—Glashütte und Richard Jäpel—Bärenstein. — Im Herrenfriseur- und Perückenmacherhandwerk legte Franz Nedoma—Glashütte ebenfalls die Meisterprüfung mit Erfolg ab. — Im Schmiedehandwerk bestand Alwin Menzschel—Dittersdorf ebenfalls die Meisterprüfung.

Glashütte. Aufgebote: Spediteur Karl Otto Tänzler mit Kontoristin Frieda Martha Rübiger, Gehäufemacher Rich. Gerhard Wustlich mit Fabrikarbeiterin Elfriede Lisette verw. Jasinski geb. Oldenburg, Monteur Max Georg Rudolph mit Johanna Gertrud Ellditsch, ohne Beruf, Zimmermann Kurt Paul Werner mit Metallarbeiterin Elsa Frieda Kirsten, alle in Glashütte.

Kipsdorf. Die nächste Mütterberatungsfunde findet am Donnerstag, den 4. Dezember 1930, nachmittags von 2—3 Uhr, in der Schule statt.

Gefing. Unter Mitwirkung des Männergefängnisvereins wurde am Sonntag (1. Advent) durch Bürgermeister Schulze der Weihnachtsbaum für alle geweiht und dann der Doffentlicht übergeben.

Dresden. Von der Nationalsozialistischen Partei wird dem Telunion-Sachendienst mitgeteilt: Im Anschluß an die Zirkusversammlung der Sozialdemokratischen Partei und des Reichsbanners, in der Ministerpräsident Braun sprach, und in seinen Ausführungen insbesondere die geistigen Waffen der Sozialdemokratie hervorhob, überfiel eine Gruppe von etwa 200 Mann Reichsbanner das Parteihaus der Nationalsozialisten in der Ritterstraße. Die Polizei hatte keinerlei Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen getroffen, obwohl sie damit rechnen konnte, daß ein Überfall auf das in der Nähe des Zirkusgebäudes liegende Parteihaus geschähe. Sie hat weiterhin die Reichsbannerleute, die schon in das Lokal eingedrungen waren, nicht zurückgedrängt, sondern auf die St.-Leute mit den Gummiknütteln eingeschlagen. Nur der Besonnenheit der im Lokal anwesenden Nationalsozialisten ist es zu danken, daß es zu keinen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen ist. Zurzeit stellen Polizeibeamte Untersuchungen über die Schuldfrage an. Es wird sich dann herausstellen, was an den Beschuldigungen, die die Nationalsozialistische Partei gegen die Polizei erhebt, zutreffend ist.

Dresden. Am Dienstag nachmittag kam es auf dem Postplatz und dem Altmarkt zu größeren Ansammlungen streikender Kraftdroschkenfahrer. Dazwischen hatten sich zahlreiche Erwerbslose gemengt, so daß die Demonstrationen aus mehreren hundert Mann bestanden. Da zu befürchten stand, daß die Demonstranten gegen die arbeitswilligen Kraftdroschkenfahrer vorgehen würden, wurde Polizei eingesetzt, die die Ansammlungen zerstreute, wobei einige Sistierungen vorgenommen wurden. Inzwischen hat sich die Zahl der Arbeitswilligen auf etwa 160 erhöht, so daß heute beträchtlich mehr Wagen in Verkehr waren. Der von den Arbeitnehmern abgelehnte Schiedsspruch wird auch von den Arbeitgebern nicht angenommen werden.

Dresden. Wie gemeldet, entfloh am 25. November der Untersuchungsgefangene Hans Näte aus dem Geschäftszimmer seines Registers, wohin er geführt worden war, und konnte nicht wieder ergriffen werden. Am Sonnabend begab sich der Justizoberwachmeister Steglich zwecks Einkaufs in das Musikhaus von Friebe, Steinstraße, und traf dort den Entflohenen beim Ausprobieren einer Saxophonplatte an. Man verständigte die Polizei, die Näte festnahm. Er bestritt zuerst energig, der Geluchte zu sein und führte falsche Papiere bei sich. Näte wurde der Gefangenenanstalt wieder zugeführt.

Dresden. Nach einer Mitteilung der „Dr. N.“ haben mehr als 40 namhafte Dresdner Ränstler eine Eingabe an das Ministerium des Innern gerichtet, in der die Abberufung

Prof. Urbas von seinem Posten gefordert wird. Wahrscheinlich wird sich auch noch der Landtag mit der Angelegenheit befassen.

Dresden. Der Schlosser Friedrich Oswald Ender unternahm am 21. September auf seinem Motorrad seine sonnige Sprigtour. Auf dem Sojusplatz hatte die ihm befreundete Arbeiterin Lehmann Platz genommen. Nach übermäßigem Alkoholgenuss prallte er auf der Straße zwischen Königstein und Pirna zweimal an einen vor ihm fahrenden Chevrolet an. Er und das Mädchen wurden in den Straßenrinnen geschleudert. Das Mädchen fand den Tod und der leichtfertige Fahrer leidet heute noch an den erlittenen Verletzungen. Er wurde wegen fahrlässiger Tötung vom Gemeinsamen Schöffengericht Dresden zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

— Wie die „D. N. N.“ aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist der Russe Alexander Uralzef, gegen den bei der Staatsanwaltschaft Dresden ein Untersuchungsverfahren wegen Betrugs und Urkundenfälschung schwebt und gegen den demnächst Anklage erhoben werden soll, seit vielen Jahren unter falschem Namen gereist. Bei den zahlreichen polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Erörterungen über das Vorleben Uralzef's stellt sich jetzt plötzlich heraus, daß der Mann richtig Maljowski heißt.

Pirna. Bei der Firma Chemische Fabrik Pott & Co im Stadtteil Copitz stürzte der 27 Jahre alte Elektro-Monteur Johannes Rödhne aus Dojna aus beträchtlicher Höhe vom Krane und schlug auf einem Zementfußboden. Er trug einen schweren Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung davon und mußte dem hiesigen städtischen Krankenhaus zugeführt werden. Dort ist er nach wenigen Stunden verstorben.

Leipzig. Das Modehaus Jordan & Co. in Leipzig und Filialen, ist, wie der „Konfektionär“ erfährt, in Konkurs geraten. Im März d. J. hatte das Modehaus Jordan & Co. 535 000 Mark bei Passiven einen 60prozentigen Vergleich abgeschlossen, dessen Durchführung sich nicht hat ermöglichen lassen, so daß das Konkursverfahren eröffnet werden mußte.

Leipzig. Am Dienstag mittag sind in der Weststraße zwei Kraftwagen zusammengestoßen; beide Wagen wurden auf den Bürgersteig geschleudert, wo einem Schulmädchen ein Bein abgerissen wurde. Ein weiterer Passant erlitt einen Armbruch. Die Fahrer der Kraftwagen blieben unverletzt. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Leipzig. Der Bestand der immatrikulierten Studierenden an der Universität Leipzig erreicht im gegenwärtigen Wintersemester erstmalig das siebente Tausend mit 7144 eingeschriebenen Studierenden, unter denen sich 957 Frauen befinden. Er übertrifft infolgedessen das vorige Wintersemester, dessen Bestand mit 6542 Studierenden gleichfalls eine Rekordziffer darstellte, um rund 600 immatrikulierte Studierende.

Markersdorf. Als abends in der 9. Stunde ein Kraftwagenbesitzer mit seinem Auto, das er einige Zeit vor einem hiesigen Lokal hatte stehen lassen, abfahren wollte, mußte er die Beobachtung machen, daß an zwei Rädern die Federn und Schläuche durchstoßen worden waren. Auch der Erfahrereifen wurde durchstoßen. Beim näheren Hinsehen mußte man feststellen, daß an zwei weiteren Kraftwagen ebenfalls die Federn und Schläuche mit einem großen, scharfen Gegenstand durchstoßen worden waren. Insgesamt wurden von dem gemeinen Suben an drei Wagen 9 Federn mit Schläuchen auf diese Weise unfahrbar gemacht.

Buchholz. Während der Nacht drangen bisher noch nicht ermittelte Einbrecher in das hiesige Pfarrhaus ein und stahlen der Kirchenkanzlei einen unerwünschten Besuch ab. Nach gewaltsamem Aufbrechen eines Behältnisses erbeuteten die Täter den Betrag von 200 Mark.

Geyer. Mit dem Beginn der Adventszeit wird hier das alle Adventsblasen vom Wachturm der Laurentiuskirche aus wieder einsehen. Der alte ehrwürdige Turm ist nach allen vier Seiten mit Adventsternen behängt, während der große Glockenturm von allen Seiten durch elektrische Glühbirnen erleuchtet wird.

Jittau. Auf der Straße Jittau—Obersdorf fuhr am Montag nachmittags ein Motorradfahrer von hinten den von der Arbeit heimkehrenden vierzigjährigen Arbeiter Rudolph an und schleifte ihn mehrere Meter weit. Rudolph erlitt so schwere Kopf- und Beinverletzungen, daß sein Tod eintrat, bevor ein Arzt zu Stelle war. Der Motorradfahrer, ein Bädermeister aus Obersdorf, stürzte und wurde bewußlos neben seiner Maschine aufgefunden. Die Ursache des Unfalls bedarf noch der Klärung.

Letzte Nachrichten.

Große Aufrüstungsrede des französischen Kriegsministers. — Die Militärkredite mit großer Mehrheit bewilligt.

Paris, 2. Dezember. Die französische Kammer setzte am Dienstag nachmittags die Beratung über den Heereshaushalt fort. Kriegsminister Maginot hielt eine Rede, in der er darauf hinwies, daß die französische Regierung unmittelbar nach dem Kriege die Heereskredite nicht erhöhen wollte. Heute habe das Heer jedoch sehr viel verbessertes und dadurch auch teureres Material nötig als damals. In seiner Eigenschaft als reines Verteidigungsinstrument müsse das Heer nach Möglichkeit motorisiert werden. Es sei die heilige Pflicht, das Heer mit Munition und Material zu versorgen, daß es im Ernstfall seinem Gegner nicht unterlegen sei. Die französische Regierung sei Anhänger der Aufrüstung, aber nur unter der Bedingung, daß die ehrlichen und friedliebenden Völker nicht die Narren der anderen werden. Ein Krieg wäre der Selbstmord aller beteiligten Staaten, auch der Sieger. Für die Verhinderung eines Krieges seien alle Anstrengungen gut, nicht nur die, die auf eine internationale Aufrüstung hinausgingen, sondern auch die, die die friedliebenden Staaten vor einem bösen Streich schützten. Das Heer habe sicherlich durch die Einführung der einjährigen Dienstzeit an Wert etwas verloren. Die Regierung sei jedoch bemüht, durch eine bessere Organisation diese Scharte wieder gut zu machen. Als letzter Redner unterstrich der französische Luftfahrtminister die Notwendigkeit der Ergän-

jungskredite für die französische Luftfahrt. Die Vorlage über die Militärkredite wurde dann mit 433 gegen 139 Stimmen angenommen.

Einberufung der Abrüstungskonferenz zum November 1931 abgelehnt.

Genf, 2. Dezember. Der Abrüstungsausschuß hat am Dienstag nach stürmischer Aussprache den deutschen Antrag, den Völkerbundrat zur Einberufung der Abrüstungskonferenz zum 5. November 1931 zu ersuchen, mit 14 gegen die Stimmen von Deutschland, Italien, Sowjetrußland und Bulgarien abgelehnt. Graf Bernstorff erklärte, wenn man nicht einmal in 10 Monaten die Konferenz vorbereiten könne, so würden auch 10 Jahre nicht genügen. Er wandte sich sodann auf das energischste dagegen, daß der Abrüstungsausschuß wiederum wie seit 5 Jahren sich mit einer Entschließung begnüge, in der die Einberufung der Konferenz „sobald als möglich“ vorgesehene wird. Die öffentliche Meinung könne heute derartige Worte wie „falls möglich“ oder „sobald als möglich“ nicht mehr ertragen und lehne derartige Unklarheiten auf das entschiedenste ab. Der Abrüstungsausschuß habe nicht mehr viel an Verständnis und Sympathien zu verlieren und müsse sich jetzt eindeutig auf einen festen Vorschlag an den Völkerbundrat einigen. Lord Robert Cecil wies in scharfer Tone darauf hin, der deutsche Antrag sei ohne jede Vorbereitung und ohne Zustimmung mit den Regierungen und dem Generalsekretär des Völkerbundes und ohne Kenntnis der notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen erfolgt. Graf Bernstorff erwiderte mit großer Ruhe, wenn die öffentliche Meinung nicht die Abrüstung verlangte, so würden auch die Regierungen zweifellos von sich aus niemals die Abrüstung verlangt haben. Der deutsche Antrag sei wohl überlegt und gut begründet und entspreche dem ausdrücklichen Auftrage der Völkerbundsversammlung. Er verlange, daß über den deutschen Antrag abgestimmt würde. Es entspann sich sodann eine uferlose Geschäftsordnungsdebatte. Der Ausschuß nahm zum Schluß mit 18 Stimmen bei Stimmenthaltung Deutschlands, Italiens, der Türkei, Bulgariens und Sowjetrußlands einen Antrag von Lord Robert Cecil an, in dem der Abrüstungsausschuß den Völkerbundrat ersucht, auf der Januartagung den Zeitpunkt der Einberufung der Abrüstungskonferenz festzusetzen.

Die Nationalsozialisten fordern sofortige Aufhebung der Roterordnung.

Berlin, 2. Dezember. Im Reichstag hat die nationalsozialistische Fraktion einen Antrag eingebracht, in dem die sofortige Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 verlangt wird.

Die Verzinsung der Aufwertungshypotheken vor dem Reichstag.

Berlin, 2. Dezember. Der Reichstag beschäftigte sich am Dienstag mit der Verordnung der Durchführung des Gesetzes über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken. Die Regierung schlägt für diese Hypotheken ab 1. Januar 1932 einen Zinssatz von 7 1/2 v. H. vor. Im Reichstag beantragte nun Preußen, den Zins nur mit 7 v. H. festzusetzen, da die Landwirtschaft 7 1/2 v. H. nicht ertragen könne und eine zu starke Erhöhung des Zinssatzes auch die Preislenkungsaktion illusorisch machen würde. Der preussische Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 27 Stimmen abgelehnt und die Verordnung in der Fassung der Regierungsvorlage genehmigt. Es kam dann noch zu einem Zwischenfall. Staatssekretär Weismann (Preußen) wies darauf hin, daß die Regierungen von Braunschweig und Thüringen ihre Vertreter instruiert hätten, für den Zinssatz von 7 1/2 v. H. zu stimmen, obwohl die Nationalsozialisten im Reichstag beantragt hätten, daß alle Leute, die einen Zins über 5 v. H. nähmen, wegen Wucher bestraft werden sollten. Der braunschweigische Vertreter erwiderte, daß man die Entwicklung der Gründe seiner Regierung selbst überlassen müsse. Der thüringische Vertreter bemerkte, es sei eigenartig, an der Stellungnahme einer Regierung deshalb Kritik zu üben, weil eine der in dieser Regierung vertretenen Parteien einen gewissen Standpunkt eingenommen habe.

Bredt beim Reichskanzler. — Entscheidung vertagt.

Berlin, 2. Dezember. Reichsjustizminister Bredt ist am Dienstag aus Marburg nach Berlin zurückgekehrt und hat bald nach seinem Eintreffen mit dem Reichskanzler eine längere Rücksprache gehabt. Eine Entscheidung über den angekündigten Rücktritt des Ministers ist in dieser Aussprache nicht gefallen.

Staatspartei erlangt Fraktionsstärke.

Berlin, 3. Dezember. Wie eine Berliner Korrespondenz den Berliner Blättern zufolge erfährt, hat der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Bauernpartei, August Hillebrand, den Reichstagspräsidenten Löbe ersucht, ihn unter Wahrung seiner weiteren Eigenschaft als Abgeordneter der Deutschen Bauernpartei zwecks Bildung einer technischen Fraktion der Deutschen Staatspartei hinzuzurechnen.

Literarisches.

Deutscher Reichspost-Kalender 1931! Herausgegeben mit Unterstützung des Reichspostministeriums. Konkordia-Verlag, Leipzig & Co., Goethestr. 6. Preis R.M. 4.—. Der Deutsche Reichspost-Kalender ist soeben in dritter Folge erschienen. Wie seine Vorgänger will er die breite Öffentlichkeit über die vielseitigen Einrichtungen der Deutschen Reichspost aufklären, der Postkunde die zweckmäßigste, bequemste und wohlfeilste Ausnutzung der gebotenen Verkehrsmöglichkeiten erläutern und darüber hinaus ganz allgemein die Bedeutung des Verkehrswezens für die Volks- und Weltwirtschaft zeigen. Auch der neue Jahrgang führt dem Beschauer eindringlich vor Augen, wie sich die Deutsche Reichspost alle Fortschritte der Wissenschaft und Technik zunutze zu machen sucht, wie sie bestrebt ist, dem deutschen Volke einen immer leistungsfähigeren Verkehrs- und Betriebsapparat zur Verfügung zu stellen und dabei trachtet, die berechtigten Belange aller Bevölkerungskreise wie auch in sozialer Beziehung ihres Personals nach Möglichkeit zu berücksichtigen und zu fördern. Die einzelnen Blätter des Kalenders bringen abwechslungsreiche Darstellungen aus den vielseitigen Betriebszweigen der Reichspost. Die letzten, noch wenig bekannten Neuerungen der Deut-

lichen Reichspost werden in packenden Bildern dem Verständnis nahegebracht. Auch die sozialen Einrichtungen der Deutschen Reichspost sind nicht vergessen. Die beigegebenen Gedächtnisblätter geben Auskunft über vielerlei Fragen und werden manchem willkommen sein. Besonderer Wert ist wiederum auf gediegene Aufmachung, reichen künstlerischen Schmuck, klaren und knappen Text sowie leicht lesbaren Druck gelegt worden.

Chronik.

* **Blasphämie.** Vor 50 Jahren ordnete der Stadtrat an, daß Schulkinder und junge Leute bis 17 Jahre die „Kodex-Kuben“ nicht länger als bis 10 Uhr besuchen durften. — Dieser vielunstrittene alte Brauch hatte eben doch wohl starke Schattenseiten.

* **3. Dezember.** Heute vor 75 Jahren wurden an Einwohnern gezählt (in Klammern stehen die Zahlen der 1925er Zählung): in Dippoldiswalde 2964 (4429), in Schmiedeberg 492 (2432), in Oberjohnsbach mit Bärenhede 459 (Johnsbach 760), in Döbnichen 102 (352), in Falkenhain 216 (318), Frauenstein 1447 (1193), Reichenau 1063 (824), Hartmannsdorf 678 (842).

Kirchliche Nachrichten.

Reinholdshain. Donnerstag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, Bibelstunde in der Schule. DRK. Michael.

Handel und Börse

Dresdner Börse vom 2. Dezember. Im Vordergrund des Interesses der heutigen Börse standen Bankaktien, von denen Reichsbank 9 Prozent, Commerzbank, Darmstädter und D-Bank je 2 1/2, Dresdner Bank 2 Prozent gewannen. Bergmann plus 6 Schubert & Salzer plus 5 1/2, Henden plus 4 1/2, Dresdner Albin plus 4 Prozent. Die Gehulfsheine plus 4 R.M. Dr. Kur plus 5 Prozent. Am Anlagemarkt 8 proz. Dresdner Stadtanleihe minus 0,9 Prozent.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung in so reichem Maße dargebrachten Glückwünsche und wertvollen Geschenke sagen wir zugleich im Namen unserer lieben Eltern herzlichsten Dank

Wurgwitz — Jenersdorf, 25. November 1930

Kurt Geißler und Frau Flora
geb. Boden

Bahnhof Hotel Wanke
Freitag, 5. Dezember

Schlachtfest

Gasthof zum »Erbgericht« Reinhardtsgrimma
Sonntag, am 7. Dezember, ab 5 Uhr

Doppelpopf-Turnier
Hierzu ladet freundlich ein Frieda verw. Jilische

Geschäftseröffnung

Der geehrten Einwohnerschaft von Reinholdshain u. Umgeb. zur gefälligen Kenntnis, daß ich ab 2. Dezember 1930 in

Reinholdshain Nr. 34 D
eine Handlung für Radio, Maschinen, elektr. Beleuchtungskörper, Apparate und Batterien aller Art

eröffnet habe. Vertrieb sämtlicher Mehl- und Alufabrikate, wie Wasch-, Wring-, Butter- und Melkmaschinen, Zentrifugen usw.

Ferner werden Reparaturen elektrischer Maschinen, Licht- und Kraftanlagen sowie Reulogern und Wädeln von Elektromotoren sachmännlich ausgeführt.

Es wird mein eifriges Bestreben sein, meiner werten Kundschaft in jeder Beziehung gerecht zu werden und bitte gleichzeitig um gütige Unterstüzung meines jungen Unternehmens.

Alfred Merbl
Elektriker
Reinholdshain Nr. 34 D

Sommergerste
kaufen laufend Standfuß & Tzschöckel

Rotkraut
verkauft diesen Sonnabend von 9—11 Uhr am Markt (Ztr. 4 M. Martin, Gut Klein-Rauhsch

H. Hammelreich
und **Reh**
empfehlen **Arthur Buttler**

Bretter, Latten, Fußboden, Stabretter, Kanthölzer, etc.
empfehlen **Curt Schmidt**
Ergewerk **Ubersdorf**

Backwaren
zur Stollenbäckerei empfiehlt billigt **Otto Kröner**
Schmiedberg

Schneeschuhe
konkurrenzlos billig, Eschenholz mit verstärktem Ende, komplett mit Hautfelleinbindung, von R.R. 9.50 an

Stiftede
in Bambus und Hasel in großer Auswahl

Schneeschuhbindungen
Hautfelle (eigenes Fabrikat), beste Ausfertigungen R.R. 2.50, 3.50, 4.50

Robellschlitten
solide Bauart, R.R. 7.25, 8.35, 9.35, 10.85

Schlittenlehnen
auf jeden Schlitten passend, Stück nur R.M. 3.90

Rudfäße
von 75 Pf. an

Carl Nischke
Klemermeister
frischen Schneefisch und grüne Heringe
empfehlen **Bruno Hamann**

Nr. 2

Die neuen vorstehend stehenden de

Ronlo im 73. Ge man. Ein seit zwei lichen Tod

In der arbeitsmin bestellt. D statt.

Dr. D in Deutschl

In des Reichs denken von schlagene und Wirk ten. Reich Lage der Sanierung Versuch ist mit der E reit ist, d notwendig Maßnahm Stelle meh Kraft getri nicht geelig zu machen das Mind verfassung und Finan gegangen bisherigen Steuer mit u schuld e

Rach hat, muß tag, vor d eine vollere Man drange gehens der eine Frag We e f der Reichs sagt, um d den? W brechen d das zur E den gefest nommen z zur Abmel können i nicht an j zugru b ringe man n hochge verli

Die f Gesetze in sung wie men, die ordnung bungsweh hört u. a. hofft, wen teten Kap die sogen für Rechts lich sind a nung dur e b i e t, übrigen b ung d die Ermä Steuer, B Steuerver Freig Rarf, der

Kurze Notizen

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat den neuen Parteiführer, Abg. Dingeldey, zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion wurde Abg. Dauch bestimmt.

Montagabend verstarb in seiner Berliner Wohnung im 73. Lebensjahre der Landtagsabgeordnete Wolf Hoffmann. Eine Herzlähmung als Folge einer Grippe, die ihn seit zwei Wochen an das Bett fesselte, führte seinen plötzlichen Tod herbei.

In dem Tarifstreit der Bankangestellten hat der Reichsarbeitsminister den Prof. Dr. Braun als Sonderfachrichter bestellt. Die Verhandlungen finden am 10. Dezember 1930 statt.

Dr. Demetrio Diaz, der frühere venezolanische Botschafter in Deutschland, ist in Caracas gestorben.

Mut zur Verantwortung?

Zweimal 24 Stunden vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages ist durch die Unterschrift des Reichspräsidenten von Hindenburg die von der Reichsregierung vorgeschlagene Notverordnung zur Angangnahme des Finanz- und Wirtschaftsprogramms der Regierung in Kraft getreten. Reichstanzler Dr. Brüning hat noch bis in die letzten Tage der abgelaufenen Woche versucht, dieses Reform- und Sanierungsprogramm parlamentarisch zu erledigen. Dieser Versuch ist gescheitert, nachdem sich aus den Verhandlungen mit der Sozialdemokratie ergeben hat, daß diese nicht bereit ist, die Mitverantwortung für diese auch von ihr als notwendig und im wesentlichen als zweckmäßig erkannten Maßnahmen zu übernehmen. Es ist auch von zuständiger Stelle mehrfach darauf hingewiesen worden, daß die jetzt in Kraft getretenen Finanz-, Steuer- und Wirtschaftsgesetze nicht geeignet sind, eine Regierung oder eine Partei populär zu machen. Es handelt sich hier um Notmaßnahmen, die das Mindeste dessen darstellen, was auf dem Wege einer verfassungsmäßigen Regierung geschehen kann und muß, um wenigstens den Versuch zu machen, aus der Wirtschaft- und Finanzkrise herauszukommen. Daß man dabei Wege gegangen ist, die zum Teil wesentlich abzuweichen von den bisherigen, erklärt sich allein aus der Tatsache, daß die bisher verfolgten Methoden in unserer Steuer- und Wirtschaftspolitik zum Teil mit unserer jetzigen Wirtschaftsmisere ver- schuldet haben.

Nach allem, was sich in den letzten Wochen zugetragen hat, mußte die Regierung damit rechnen, daß der Reichstag, vor die Entscheidung gestellt, versagen würde. Es gibt eine Reihe von Parteien, die nicht das große Ziel, nämlich das Interesse des Gesamtvolkes von Volk und Staat im Auge haben, sondern kurzfristige Eigenpolitik treiben. Sie fürchten, eine offene Stellungnahme zu dem Befehlsgewalt der Regierung müßte ihrer Popularität in der Wählererschaft Abbruch tun. Sie vergessen, daß ihre Abgeordneten im Reichstag sich eidlich verpflichtet, lediglich das Gesamtwohl des Vaterlandes im Auge zu haben. Aber sie können sich aus ihrer Atmosphäre nicht lösen, und im gegebenen Augenblick fehlt es ihnen an Mut zur Verantwortung. Die Zukunft wird zeigen, ob sie damit ihren eigenen Interessen dienen.

In der Öffentlichkeit wird man das Vorgehen der Regierung, den Reichstag durch Erlass der Notverordnung vor eine vollendete Tatsache zu stellen, bestimmt scharf kritisieren. Man braucht keineswegs mit allen Einzelheiten des Vorgehens der Reichsregierung einverstanden zu sein, aber über eine Frage muß man sich Rechenschaft geben: welche Wege standen der Regierung offen, nachdem der Reichstag auch in seiner neuen Zusammensetzung versagt, um der immer stärker anbrandenden Not Herr zu werden? Wenn die Hochwasserfluten den Deich zu zerbrechen drohen, dann kann auch nicht gefragt werden, ob das zur Stützung des Damms notwendige Material nach den gesetzlichen Bestimmungen dort, wo man es findet, genommen werden darf, oder nicht. Die Notmaßnahmen, die zur Abwehr von Volks- und Reichsnot getan werden müssen, können in der Stunde des drohenden Dammsbruchs sich nicht an juristischem Kleinrat stoßen. Wo Existenzengrunder gehen, wo die Landwirtschaft dringend nach Hilfsmitteln ruft, kann man nicht am grünen Tisch die Zeit mit hochgelährten Verfassungsreminiszenzen verlieren.

Die soeben erlassene Notverordnung gibt die einzelnen Gesetze nicht restlos in der vom Reichsrat gestatteten Fassung wieder, denn es sind noch andere Gesetze hinzugekommen, die die Regierung ursprünglich nicht in die Notverordnung aufnehmen, sondern auf dem normalen Befehlsgeweg über den Reichstag erledigen wollte. Hierzu gehört u. a. die neue Steueramnestie, durch die man hofft, wenigstens einen Teil des nach dem Ausland geflüchteten Kapitals wieder zurückzuholen. Es gehört ferner dazu die sogenannte kleine Justizreform, die die Gebühren für Rechtsanwälte in Armensachen herabsetzt usw. Wesentlich sind auch die Erweiterungen, die die Notverordnung durch neue Maßnahmen auf agrarpolitischem Gebiet, vor allem für neue Zolländerungen enthält. Im übrigen bringt die Notverordnung als Kernstück die Kürzung der Beamtengehälter ab 1. Februar, dann die Ermächtigung zu einer Senkung der Kapitalverkehrssteuer, Bestimmungen über die Steuervereinfachung und Steuervereinheitlichung mit der Heraushebung der Freigrenze für Vermögenssteuer bis zu 20 000 Mark, den ersten Schritt zur Senkung der Real-

steuern usw. In der Frage der Bürgersteuer hat die Notverordnung eine Staffelung durchgeführt.

Wie sich der Reichstag zu der Notverordnung stellen wird, ist im wesentlichen durch die Vorverhandlungen des Reichstanzlers geklärt. Sachlich wird an alle Parteien, ob sie für oder gegen die Regierung sind, die Entscheidung herangetragen, ob sie den Mut zur Verantwortung für die eine oder andere Entscheidung haben und bereit sind, die Folgen zu tragen, die sich daraus für Deutschland und seine Zukunft ergeben müssen.

Notverordnung vom 1. 12. 1930

Berlin, 3. Dezember.

Der erste Teil der „Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ trägt die Ueberschrift „Änderung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930“. In Kapitel 1 wird festgelegt, daß die Gemeindegetränkesteuer, die neben der Gemeindegetränkesteuer besteht, auf das Rechnungsjahr 1931 beschränkt wird. Der Reichsfinanzminister kann die Berechtigung der Erhebung für einzelne Getränke vom 1. Januar 1931 ab aufheben, aber nicht für Trinksorbonen, Wein, weinähnliche und weinhaltige, Schaumwein und schaumweinähnliche Getränke.

Staffelung der Bürgersteuer.

Aus der Bürgersteuer sind weiter herausgenommen die Personen, die Arbeitslosenunterstützung beziehen und die Sozialrentner. Der Landesatz wird für Personen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 4500 M. auf mindestens 6 M., bis 6000 M. auf mindestens 9 M., bis 8000 M. auf mindestens 12 M. bestimmt werden. Die höheren Einkommen sind weiter gestaffelt belastet. Die Höchstgrenze ist 2000 M. bei Einkommen über 500 000 M.

Soziale Milderung der Juli-Verordnung.

In Kapitel 2 wird die alte Notverordnung dahin abgeändert, daß Arbeitslose, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (statt 17) Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nur dann haben, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterhaltungsanspruch zusteht.

Zur Krankenversicherung: Dauert die Krankheit länger als zehn Tage, so fällt die Arzneigebühr von der Verpflichtung, den Beitrag zu entrichten, befreit alle Arbeitslosen, Invalidenrentner, Unfallrentner und aus der Reichsversicherung unterstufte Schwerverletzte und Schwerverletzte, ferner Tuberkulose und Geschlechtskranke, die ihre Bedürftigkeit bescheinigen lassen. In dringenden Fällen kann der Krankenschein nachher geholt werden. Die oben bezeichneten Personentriebe sind auch von der Gebühr befreit. Außer einer Reihe weiterer Änderungen zur Krankenversicherung wird noch bestimmt, daß der Anspruch auf die Gebühr nicht durch Vertrag ausgeschlossen werden kann.

Der zweite Teil der Notverordnung (Sicherungen des Haushalts) faßt unter Kapitel 1 das Gesetz über die Ausgabenbegrenzung zusammen. Danach dürfen die Haushaltspläne von Reich, Ländern und Gemeinden für 1932 und 1933 in der Gesamtsumme der Ausgaben nicht höher sein als für das Rechnungsjahr 1931. Ausnahmen werden nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen zugelassen.

Gehaltskürzung ab 1. Februar 1931.

Kapitel 2 (Gehaltskürzung) legt die Kürzung um 6 v. H. vom 1. Februar 1931 ab vor für die Reichsbeamten und Soldaten der Wehrmacht, die Parteiführer und Ruhegeldempfänger des Reichs, die Hinterbliebenen. Für den Reichspräsidenten, den Reichstanzler und die Reichsminister ist die bekannte 20%ige Kürzung festgelegt. Von der Kürzung befreit sind Jahresbeträge unter 1500 M. Die Länder kürzen die Bezüge bei sich und den Gemeinden entsprechend. Um die gleichen Kürzungsmöglichkeiten für die



Reichstagsabgeordneter Eisenberger, der auf der in München abgehaltenen Tagung des Bayerischen Bauernbundes den Vorsitz niederlegte.

Angestellten des Reichs, der Länder und der Gemeinden herbeizuführen, können Tarif- und Einzelanstellungsanträge mit einer Frist von einem Monat zum 31. Januar 1931 gekündigt werden. Reichsbank und Reichsbahn-gesellschaft kürzen von sich aus. Den öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften bleibt eine entsprechende Kürzung überlassen. Diese drei Körperschaften sind zu sinn-gemäßen Kündigungen berechtigt. Nach Durchführung der Gehaltskürzung wird die „Reichshilfe“ nicht mehr erhoben. Die Vorschriften dieses Kapitels treten mit Ausnahme des Paragraphen, der den Stellenvorbehalt behandelt, am 31. Januar 1934 außer Kraft.

Ueber die Tabaksteuer und Zuschläge zur Einkommensteuer über 8000 M. hat sich nichts an den bekannten Bestimmungen geändert.

Steuervereinfachung.

Der dritte Teil regelt die Steuervereinfachung und Steuervereinheitlichung in dem Sinne der Veröffentlichung der Reichsregierung vom 30. September. In fünf Abschnitten wird die Steuerpflicht, die Besteuerungsgrundlage und die Bestimmung der Steuerhöhe, die Zerlegung der Besteuerungsgrundlage, die Festsetzung und Erhebung der Steuer und die Frage der Uebergangs- und Schlussvorschriften geregelt. Kapitel 4 behandelt die durch die Neuordnung notwendig werdende Steueranpassung. Es ändert die Reichsabgabenordnung, das Reichsbewertungs-gesetz, das Finanzausgleichsgesetz und eine Reihe sonstiger Reichs-steuergesetze, darunter das Einkommensteuergesetz vom 10. Aug. 1925, das Vermögenssteuergesetz vom gleichen Tage mit der bemerkenswerten Bestimmung, daß die Vermögenssteuer erst bei Vermögen über 20 000 M. erhoben wird. Kapitel 5 nimmt Unternehmen, deren Gesamtumsatz einschließlich des steuerfreien Teils 5000 M. nicht übersteigt, von der Umlaufsteuer aus. Kapitel 6 ordnet Erhebungen der Steuerpflicht der öffentlichen Betriebe an. Kapitel 7 ermächtigt die Reichsregierung, mit Zustimmung des Reichsrats die bereits bekannte Steueramnestie zu erlassen.

Realsteuerentlastung.

Der vierte Teil bringt in zwei Kapiteln die Senkung von Realsteuern und Verkehrssteuern. Die Realsteuern, nämlich die Grund- und Gewerbesteuer der Länder und Gemeinden, werden vom 1. April 1931 ab gesenkt, und zwar die Grundsteuer um 10 und die Gewerbesteuer um 20 v. H. Für die Zeit vom 1. April 1932 ab werden die Grundsteuern über die Bemessung der Realsteuern durch besonderes Reichsgesetz aufgestellt. Die Kapitalverkehrssteuer wird von 4 allgemein auf 2 v. H., bei Verschmelzungen und gewissen Umwandlungen von Kapitalgesellschaften auf 1 v. H. gesenkt. Die Grunderwerbsteuer wird in bestimmten Fällen auf 2% vermindert.

Finanzausgleich.

Der fünfte Teil regelt den vorläufigen Finanzausgleich für die Jahre 1930 und 1931. Vom 1. April 1932 ab ist der Finanzausgleich durch Gesetz endgültig zu regeln, und hierfür werden auch bereits bestimmte Grund-lagen festgelegt. Die vom Reichsfinanzminister festgesetzten Verteilungsschlüssel für die Einkommen- und die Körperschaftsteuer werden bestätigt. Bestimmt der Reichsfinanzminister entsprechend der im Steuervereinfachungsgesetz gegebenen Ermächtigung, daß die Einkommensteuer für die ersten 6000 M. des Einkommens aus landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Vermögen durch die Grundsteuern der Länder und Gemeinden abgegolten wird, so wird an die Länder im Rechnungsjahr 1931 aus Mitteln des Reichshaushalts ein Betrag von 20 Millionen M. nach dem Verhältnis der Fläche verteilt.

Reichsbankgewinne.

Sechster Teil: (Reichsbank, Goldbistont-bank, Rentenbank). Der Anteil des Reiches am Reingewinn der Reichsbank wird in Kapitel 1 erhöht. Von dem jährlichen Reingewinn sollen 10% einem Reservefonds zugeführt werden. Der nach Ausschüttung der Dividende verbleibende Restbetrag des Reingewinns wird wie folgt verteilt: Von den ersten 25 Millionen erhalten das Reich 75%, die Anteilseigner 25%, von den nächsten 20 Millionen gehen an das Reich 90, an die Anteilseigner 10%. Der dann etwa noch verbleibende Restbetrag fällt dem Reich mit 95% zu, den Anteilseignern mit 5%. Diese Regelung findet erstmalig auf das Geschäftsjahr 1930 Anwendung. Kapitel 2 legt u. a. eine langsamere Umwandlung von Rentenbank-scheinen in Reichsbankscheine vor. Die Reichsbank hat den Gesamtbetrag der ausgegebenen Rentenbankscheine spätestens bis Ende 1942 zu liquidieren.

Im Teil sieben wird die Wohnungswirtschaft in der bekannten Weise geregelt.

Schutz der Landwirtschaft.

In Teil acht werden weitere Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft getroffen. Kapitel 1 legt Vorschriften für die Beimischung von Roggen vor. Das Gewicht des frischen Brotes muß mindestens 500 Gramm betragen und durch 250 teilbar sein. Es ist auf dem Brot anzugeben. Weiter werden Geldstrafen für Zuwiderhandelnde angeordnet. Schließlich werden noch Vorschriften — mit Strafbestimmungen — zur Verbesserung der Marktverhältnisse für deutsche land-wirtschaftliche Erzeugnisse erlassen.

Im neunten und letzten Teil werden Vereinfachungen und Ersparnisse auf dem Gebiete der Rechtspflege vorgesehen. Unter anderem wird die Wertgrenze für die Zuständigkeit der Amtsgerichte über vermögensrechtliche Ansprüche auf 800 M. erhöht. Die Gebühren für Rechtsan-wälte in Armensachen werden herabgesetzt.

Ausnahmeh Mehrheit gegen Aufhebung

Berlin, 3. Dezember.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Dienstag über die zur Juli-Notverordnung vorliegenden Anträge abgestimmt. Durch Mehrheitsbeschluß wurde zu-

nächst festgestellt, daß Anträge nicht zulässig sind, die teilweise Änderung der Notverordnung beabsichtigen.

Hierauf wurde die von den Nationalsozialisten und Kommunisten beantragte vollkommene Aufhebung der ersten Notverordnung vom Juli mit 19 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Für die Aufhebung stimmten die Antragsteller, ferner die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei.

Ferner wurde eine sozialdemokratische Entschlieung angenommen, durch die die Reichsregierung ersucht wird, unverzüglich dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Bürgersteuer in mehreren Punkten geändert wird. U. a. dürfe die Bürgersteuer nur erhoben werden von den im Gemeindebereich wohnenden natürlichen Personen über 20 Jahre, soweit sie selbständig leben. Außerdem wird Befreiung von der Bürgersteuer für Personen verlangt, die Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung, Kriegsschädigtenrente oder Fürsorgeunterstützung erhalten.

Weiter wurde eine nationalsozialistische Entschlieung angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, unverzüglich ein Gesetz vorzulegen, durch welches die Gemeindegewerbesteuer außer Kraft gesetzt wird.

Auswärtiger Ausschuh zur Polennote

Scharfe Auseinandersetzungen?

Berlin, 2. Dezember.

Der Auswärtige Ausschuh des Reichstages trat am Dienstagvormittag unter Vorsitz des Abgeordneten Dr. Frick (Nationalsoz.) zusammen, um sich mit der Unterdrückung der Deutschen in Polen und den von der Reichsregierung hiergegen zu unternehmenden Schritten zu beschäftigen. Reichsaussenminister Dr. Curtius gab einen Überblick über diese Dinge, und es entwickelte sich eine lebhaftc Aussprache. Die übliche Vertraulichkeit der Beratungen des Auswärtigen Ausschusses wurde diesmal besonders streng gehandhabt. Wie verlautet, ist es zu scharfen Auseinandersetzungen im Ausschuh gekommen.

Zurückziehung der Abrüstungsdelegation. — Scharfe Abwehrmaßnahmen gegen Polen.

Berlin, 3. Dezember.

Die Beratungen des Auswärtigen Ausschusses fanden ihren Niederschlag in einigen Entschlieungen. Der Ausschuh gibt seiner Empörung über die unerhörten Gewaltakte Ausdruck, die von Polen aus Anlaß der letzten Wahlen unter Bruch von Recht und Vertrag gegen die deutsche Minderheit verübt worden sind. Von der Reichsregierung werden Maßnahmen erwartet, um die Polen zur Änderung ihres Kurzes zu zwingen, die Befreiung der Schuldigen herbeizuführen und den geschädigten Minderheitsangehörigen eine angemessene Entschädigung zu verschaffen.

Sodann nahm der Ausschuh Entschlieungen an, in denen die Reichsregierung ersucht wird, die Ratifikation des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens nicht zu vollziehen und alle Verhandlungen mit Polen über den Abschluß eines Handelsvertrages oder sonstige Abkommen unverzüglich abbrechen. Darüber hinaus soll die Reichsregierung unverzüglich die Aufhebung des Reichstagsbeschlusses beantragen, durch den dem Liquidationsabkommen zugestimmt wurde.

Endlich nahm der Auswärtige Ausschuh eine Entschlieung an, die die Reichsregierung ersucht, auf Grund der vom Vertreter der deutschen Republik selbst festgestellten Weigerung der Mehrzahl der Teilnehmer des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses, ihren Abrüstungsoverpflichtungen nachzukommen, die deutsche Vertretung aus Genf sofort zurückzuziehen und nur einen Beobachter dort zu belassen.

Stegerwalds Lohngeographie

Die Widersände, die sich der Selbstkosten- und Preisentwertung der Regierung immer wieder entgegenstellen, verschärfen sich nun zu oft hinter dem bekannten Hannemannprinzip. „Unternehmer, geh du mit dem Preis voran“, sagen die von einem Lohnabbau bedrohten Arbeitnehmer. „Löhne und Steuern müssen zunächst gesenkt werden“, sagen die Wirtschaftszweige, die sich immer mehr von dem Preisentwertungsdruck der Regierung und der Kritik der öffentlichen Meinung eingekesselt sehen. Mit diesem Gruppenegoismus, der stets seine eigene Leistung zurückhält und die Pflicht dem andern zuschiebt, ist man noch niemals weitergekommen. Er hebt sich selbst auf und ist der Erbfeind jeder wirksamen Reform.



Edelpelz-Ausstellung in Berlin.

In Berlin wurde die von der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft veranstaltete erste Allgemeine Edelpelz-Ausstellung eröffnet. U. B. z. ein Glanzstück der Dressur, Züchterin Frau von Retelshodt mit ihrem Pracht-Silberhals „Puffel“, den sie um ihren Hals trägt.

Auf den ersten Blick scheint es, als ob der probateste Ausweg aus diesem unfruchtbaren Hannemannprinzip eine gleichzeitige Lohn- und Preisentwertung wäre. Beim Hennhausener Schiedspruch für die westdeutsche Eisenindustrie ist das geschehen; die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs, der die Akkordverdienste senkte, wurde nur gewährt gegen die Verpflichtung der Industriellen, die Eisenpreise zu senken. Schon bei der Lohnsenkung in der Berliner Metallindustrie hielt es das Schlichterkollegium für unmöglich, diese Maßnahme mit einer gleichzeitigen Preisentwertung zu verknüpfen und beide Aktionen voneinander abhängig zu machen. In der Tat läßt sich hier kein Schema aufstellen. Es gibt Fälle, in denen einem Wirtschaftszweig eine Preisentwertung zugemutet werden muß, ohne daß eine Lohnsenkung notwendig ist. Es gibt andere Verhältnisse, wo sich eine Lohnsenkung als nötig erweist, aber das Ausmaß dieser Senkung in keinem Verhältnis zum Umfang des Preisabbaus zu stehen braucht. Es gibt drittens Fälle, in denen schlechterdings keine Preisentwertungen möglich sind, ohne daß vorher die Selbstkosten verringert und in ihrem Rahmen auch überhöhte Löhne abgebaut werden, damit die Wirtschaft überhaupt Luft zu einer Auflockerung des Preisstandes hat.

Wo gibt es solche überhöhten Löhne? Reichsarbeitsminister Stegerwald hat vor kurzem in Köln eine Art Lohngeographie entwickelt und dabei einige Hochflächen deutscher Lohnbildung untersucht. Er wies darauf hin, daß die Löhne derjenigen deutschen Wirtschaftszweige, die für den Inlandsmarkt arbeiten und der scharfen Luft des Weltmarktwettbewerbs nicht ausgesetzt sind, vielfach überhöht seien. In der Tat sind in den vergangenen Jahren die Löhne dieser Gruppen die Schrittmacher der deutschen Lohnaufbaupolitik gewesen. Die Löhne des Handwerks, des Baugewerbes, des innerdeutschen Transportwesens zogen am stärksten an. Die Unternehmer dieser Wirtschaftszweige leisteten auch den geringsten Widerstand gegen die Aufwärtsentwicklung, weil ihnen der Sporn des Auslandswettbewerbs nicht so in der Flanke saß wie den Industrien, die für den Weltmarkt arbeiteten oder aber mit ausländischen Einfuhren und Leistungen bei geringem Zollschutz konkurrieren mußten. Der Kenner der deutschen Lohnpolitik und Beobachter des Schlichtungswesens konnte deutlich verfolgen, wie diese Lohngruppen die Avantgarde der deutschen Lohnentwicklung bildeten, wie dann mit Hilfe von Schiedsprüchen und Verbindlichkeitsklärungen die anderen Lohnfelder nachgezogen wurden. Es wäre gerade bei Deutschlands Lage richtiger gewesen, die dem ausländischen Wettbewerb preisgegebenen Wirtschaftszweige hätten das Lohnniveau bestimmt und die Inlandsindustrien hätten sich mit ihrer Lohnbildung nach dieser Norm gerichtet. Diese Idee hat aber nicht als Richtschnur die amtliche deutsche Lohnpolitik bestimmt.

Es ist notwendig, festzustellen, daß die Lohnentwicklung nicht zuletzt durch die beherrschende Rolle der öffentlichen Hand in der Bauwirtschaft der Nachkriegszeit beeinflusst worden ist. Die öffentliche Hand als Auftraggeber und Finanzierer hat es an Sparlichkeit beim Bauen oft fehlen lassen. Der notwendige Druck auf die Niedrighaltung der Selbstkosten, vor allem auch der Lohnkosten, fehlte vielfach. Welches Interesse hatte denn der Unternehmer, sich gegen Lohnhöhungen zu stemmen, wenn die öffentlichen Auftraggeber gegen Selbstkosten- und Preissteigerungen, die hier ihren Ursprung hatten, großzügig waren? Stegerwald hat in seinen Kölner Auslassungen auch auf die Lohnpolitik im Handwerk hingewiesen und festgestellt, daß sich dadurch eine Preisgestaltung entwickelte, die zu manchen Klagen Anlaß gab. Hier ging dieser sogar so weit, von lohnpolitischen Ausbeutungerscheinungen zu sprechen. So bezeichnete er die Löhne im Bäckergewerbe im Vergleich zu anderen Berufsgruppen als übersteigert, was sich natürlich auf den Brotpreis auswirkte. Bemerkenswert ist ferner sein Hinweis, daß die im Vergleich zur Vorkriegszeit stark überhöhten Löhne der Berliner Transportarbeiter eine erhebliche Verteuerung des Briefpreises für den Hausbrand bedeuteten.

In all diesen Fällen, wo sich im Schutz des Inlandsmarkts und ohne die Korrektur des ausländischen Wettbewerbs überhöhte und preisverteuernde Löhne herausgebildet haben, wird man dem Reichsarbeitsminister folgen können, wenn er als die lohnpolitische Aufgabe der nächsten Monate bezeichnet, die auseinander geratenen Lohnverhältnisse zwischen dem vom Inlandsmarkt und vom Auslandswettbewerb abhängigen Wirtschaftsgruppen wieder gesund aufeinander abzustimmen. Selbstverständlich darf daraus keine allgemeine Lohnabbaupolitik werden, die sich mit schematischen Lohnkürzungen auf jedes Lohnniveau stürzt. Wenn man schon eine Psychose hinnehmen oder bewußt entwickeln muß, die Aktion der Reichsregierung im Fluß zu halten, dann brauchen wir eine Preisentwertungspsychose, die sich vor allem auf die Waren des Massenbedarfs und insbesondere die Lebensmittel konzentriert. Das liegt nicht nur im Interesse der Verbraucher, sondern ebenso im Interesse der Erzeuger, Arbeiter und des Handels.

wettbewerb abhängigen Wirtschaftsgruppen wieder gesund aufeinander abzustimmen. Selbstverständlich darf daraus keine allgemeine Lohnabbaupolitik werden, die sich mit schematischen Lohnkürzungen auf jedes Lohnniveau stürzt. Wenn man schon eine Psychose hinnehmen oder bewußt entwickeln muß, die Aktion der Reichsregierung im Fluß zu halten, dann brauchen wir eine Preisentwertungspsychose, die sich vor allem auf die Waren des Massenbedarfs und insbesondere die Lebensmittel konzentriert. Das liegt nicht nur im Interesse der Verbraucher, sondern ebenso im Interesse der Erzeuger, Arbeiter und des Handels.

Folterungen für Gollasch

Kattowitz, 3. Dezember.

Nach den Vorfällen in Gollasch wurden, wie bekannt, etwa 40 Personen verhaftet, die man mit der Erschießung des Polizeikommandanten Szynka in Verbindung brachte. Diese 40 Personen wurden im Kohnlecker des Hauses des Polizeikommandanten untergebracht, wo sie unter fast dauernder Bewachung gehalten wurden. Die Inzwischen aus der Haft wieder Entlassenen berichten, daß sie während der Zeit ihrer Unterbringung in diesem Keller wahre Folterqualen hätten aushalten müssen.

Alle mußten die größte Zeit über stehen. Sie durften sich auch nicht an die Mauer lehnen; falls sie den Versuch dazu machten, wurden sie sofort von der Wache angeschrien. Diejenigen, die man wegen der Tötung des Polizeikommandanten in unmittelbarem Verdacht hatte, mußten auf den Kohnlecken und haben dabei schreckliche Qualen ausgestanden.

Die Verhafteten blieben auch lange Zeit ohne jede Nahrung, bis schließlich ihren Angehörigen gestattet wurde, ihnen Lebensmittel zuzuführen.

Demonstrationsverbot in Oberschlesien

Der Regierungspräsident hat die Vorgänge der letzten Zeit und die dadurch in der ober-schlesischen Bevölkerung hervorgerufene lebhaftc Beunruhigung zum Anlaß genommen, um auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen alle Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller Umzüge für das Gebiet des Regierungsbezirks Oppeln bis auf weiteres mit sofortiger Wirkung zu verbieten. Gegen Verhinderung ungeachtet des Verbots, Versammlungen unter freiem Himmel oder Umzüge zu veranstalten, sind die Polizeibehörden ersucht worden, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einzuschreiten.

Das Groener-Interview

Es muß ernst genommen werden.

London, 3. Dezember

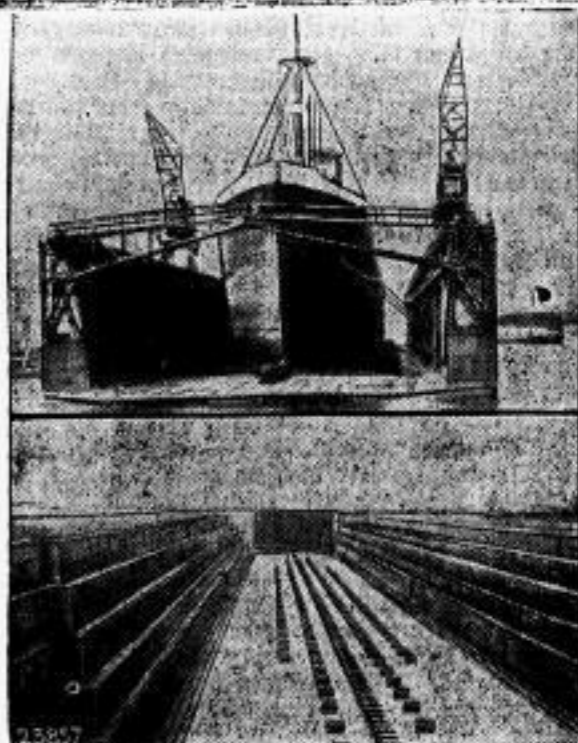
Im „News Chronicle“ schreibt E. A. Spender: Eine Erklärung, wie die des Reichswehrministers, vom vorigen Sonnabend muß ernst genommen werden. Sie bringt das zum Ausdruck, was nahezu alle Deutschen empfinden, daß nämlich Deutschland, wenn die anderen Nationen nicht abrißten, sich mit seiner eigenen Abrüstung auf die Dauer nicht abfinden kann, da dies ein Zeichen der Ungleichheit und Unterlegenheit wäre. Was wird dann werden? Keine sofortige Rüksicht wird kommen, aber ein allmählicher Zusammenschluß Deutschlands mit Italien und vielleicht Rußlands und mit allen kleineren Nationen, die mit den Friedensverträgen unzufrieden sind. Auf diese Weise werden wir zurückkehren zu dem alten System der beiden Bündnisse, zu einem Rüstungswettbewerb und zu dem bereits bekannten Ergebnis.

Vom Moskauer Judenfrage-Projekt

Die Verteilung des Interventionsgeldes

Moskau, 3. Dezember.

Im weiteren Verlauf des Prozesses gegen die sogenannte Industriepartei wurde nach dem Bericht der Telegraphenagentur der Sowjetunion Prof. Baranow als Zeuge vernommen, gegen von Urteilen zu Untersuchungsverfahren in Sachen einer anderen Antikommunistenorganisation, der „Wertaktigen Bauernpartei“, schwört. Der Zeuge berichtete von einer Zusammenkunft mit Wlissom, der ihm über die Vorbereitung der Intervention Mitteilungen gemacht habe, die



Deutschland liefert Trodenocks für Le Havre.

Deutsche Firmen haben auf Reparationskonto riesige Trodenocks für den französischen Hafen Le Havre gebaut. Oben: Eins der deutschen Trodenocks nach Aufnahme eines amerikanischen Dampfers. Unten: Ein anderes deutsches Dock in leerem Zustand.



Der Rilschstock bedroht die Stadt Linth.

Es ist festgestellt worden, daß die Kuppe des Berges Rilschstock in der Schweiz täglich um einen Zentimeter abwärts gleitet und man befürchtet, daß eines Tages die am Fuße des Berges liegende Stadt Linth verschüttet werden könnte. Durch Anlage von Oberflächengräben und Schuttdämmen versucht man, die Katastrophe zu verhüten.

man decken m
vorgebracht
Borbereitung
Planes, die
vention i
follten in e
Eftand
fand, zu
deren Beteil
vention soll
Koloniallän
Unannehmli
irgendeine
men werden
sollte irgen
Grenz
ländischen
General
Aussicht gen
die Teilnah
gab, vorgele
negion Best
liegendem G
biels am re
rußland, fü
im Sinne t
farenische
relchs war
gar der gef
die Rückga
Rußland vo
die aus der
reich vorteil
ressionen im
Ferner
Scharno
Schädling
des Reichs

Bon

Deutscher
Wie R
Stahlnachwe
der Erricht
Stahl-Gesell
wird er die
men. Der
Hoffnung
samtan Be
Änderung
An die
der Deut
Spickerma
Nachfolger
mann für
Uniformen
Wie d
schen Heim
angeordnete
öffnungsst
ren Anläß
Ausschließ
Auf
kontrollkon
union wu
komitee a
graphenph
tees hat
missärenra
liche Witte

Deutl

Der C
Champs
dien-Platz
zu erricht
Kundgebu
Vor
hundert
tragen Ba
der Lynch
und Engl
zei trieb
wendung
fonten mu

Ra

Bulgar
Kubel un
Steuergel
new best
Der Aufs
und die
kommen;
werden.

Dre

Teilstreit
tag unwe
willige R
drohten
beitnehme
Arbeitgebe
Chem
geschloß
eine Benz
stuhl in
Personen
geschafft.

weg

nerbaude
Mann üb

gesund
daraus
wer
jedem
hinne
Reichs
eine
auf die
e n s
esse der
r. Ver

ber.
kennt,
hebung
ndung
eller
t, wo
n, daß
Keller

urften
verjud
chlen.
eifom
en auf
n aus

jede
wurde,

leiten
g her
immen.
Ber
Um
is auf
n Ver
freiem
behö
enden

ber
Eine
origen
gt das
n, daß
ht ab
Dauer
lichkeit
keine
zur
Ruh
Frie
werden
Bänd
ber
mannte
aphen
Zeuge
fahren
Werte
le von
e Bar
be, die

rieffige
gebaut.
ne eines
deutsches

nen decken mit den Angaben, die bisher von den Angeklagten vorgebracht wurden. Auch Mikjutow habe erklärt, daß die Vorbereitungen der Intervention, die Ausarbeitung des Planes, die Finanzierung und Leitung der Intervention Frankreich übernehmen sollte. Teilnehmern sollten in erster Linie Polen und Rumänien, ferner Estland und Lettland und schließlich auch Finnland, Jugoslawien und die Tschechoslowakei, deren Beteiligung jedoch nicht als sicher galt. Für die Intervention sollte entweder die Agitation der Komintern in den Kolonialländern oder die Agitation der Sowjetunion oder irgendeine Seite des Außerhandels zum Vorwand genommen werden. Als unmittelbarer Anlaß der Intervention sollte irgendein zufälliger oder eigens provoziertes Grenzverstoß benützt werden. Um den ausländischen Charakter der Intervention zu verschleiern, sei General Lukomski als Führer der Interventionsgruppen in Aussicht genommen worden. Als Entschädigung für die Teilnahme an der Intervention war, wie Jurowski angab, vorgesehen: für Rumänien die Anerkennung der Annexion Bessarabiens sowie die Annexion Odesas mit umliegendem Gebiet, für Polen ein Teil des ukrainischen Gebiets am rechten Dniepr-Ufer und eines Teiles von Weißrussland, für Estland und Lettland eine Grenzberichtigung im Sinne territorialer Zuwächse. In Finnland sollte die finnische Republik angeschlossen werden. Seitens Frankreichs war einmal die Regelung der Vorkriegsschulden oder gar der gesamten Revolutionschulden vorgesehen, ferner die Rückgabe des Eigentums französischer Kapitalisten in Russland vor der Oktoberrevolution, eine Entschädigung für die aus der Revolution erwachsenen Verluste, ein für Frankreich vorteilhafter Handelsvertrag und eine Reihe von Konventionen im Territorium der Sowjetunion.

Ferner berichteten einige Angeklagte, darunter Prof. Scharnowski und Prof. Kalinnikow, über ihre Schädlingstätigkeit auf dem Gebiet der Rohstoffenergie, des Maschinenbaues und der chemischen Industrie.

Von gestern bis heute

Deutscher Sachverständiger für Südafrika.

Wie Reuters aus Johannesburg meldet, ist der deutsche Stahlhochverfänger Ernst Kerl damit betraut worden, bei der Errichtung der Werke der Südafrikanischen Eisen- und Stahl-Gesellschaft mitzuwirken. Nach ihrer Fertigstellung wird er die Leitung der Schmelz- und Walzwerke übernehmen. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Vanderbyl, sprach die Hoffnung aus, daß Herr Kerl eines Tages Leiter der gesamten Werke sein möge.

Änderung der Liste der deutschen Senatsmitglieder in Polen.

An die Stelle des im Lodzer Wahlbezirk auf die Liste der Deutschen Wahlgemeinschaft gewählten Senators Spickermann, der auf sein Mandat verzichtet hat, tritt als Nachfolger Ulla da auch Rosenblatt, der eigentliche Erbkandidat für Spickermann, auf sein Senatsmandat zugunsten seines Schwagers, des Reichstagsabgeordneten Dr. Rosenblatt.

Uniformierte österreichische Heimwehrabteilungen.

Wie die Pressestelle der Bundesführung der österreichischen Heimwehren in Wien meldet, hat die Bundesführung angeordnet, daß die Abteilungen des Heimatbundes zur Eröffnungssitzung des Nationalrats und bei anderen besonderen Anlässen in der Heimatwehruniform zu erscheinen haben.

Ausschlüsse aus dem Zentralkomitee der Sowjetunion.

Auf Beschluß des Zentralkomitees und der Zentralkontrollkommission der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wurden Syrtzoff und Lominadze aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Ferner berichtet die russische Telegraphenagentur, das Präsidium des Zentralkomitees hat den stellvertretenden Vorsitzenden des Volkskommissarenrats der Sowjetunion, Schmidt, auf seine persönliche Bitte von seinen Amtspflichten entbunden.

Denkmal für Clemenceau.

Der Stadgemeinderat von Paris hat beschlossen, in den Champs Elysées, und zwar an einer Stelle, die dem Concordien-Platz nahe liegt, eine Statue für George Clemenceau zu errichten.

Rundgebung vor dem Kapitol in Washington.

Vor dem Kapitol in Washington veranstalteten mehrere hundert Kommunisten eine Rundgebung. Die Demonstranten trugen Banner und Plakate mit Aufschriften, wie: Nieder mit der Lynchjustiz! Nieder mit Hoover, der sich mit Frankreich und England gegen die Sowjetunion verbündet! Die Polizei trieb die Menge mit dem Gummiknüppel und unter Verwendung von Tränengasbomben auseinander. Sechs Personen wurden festgenommen.

Raubüberfall auf einen Geldtransport

Bukarest, 8. Dezember. Auf der Chaussee zwischen Rubei und Cahul wurde ein amtlicher Transport vor Steuern im Betrage von 400 000 Lei, der nach Kischineu bestimmt war, von bewaffneten Banditen überfallen. Der Kassier, der sich zur Wehr setzte, wurde niedergeschossen und die gesamte Geldsumme geraubt. Die Täter sind entkommen; bisher konnte keine Spur von ihnen gefunden werden.

Sächsisches.

Dresden. Zum Kraftdrohnenstreik.

Der Streik der Dresdener Autochauffeure geht auch am Dienstag unverändert weiter. Doch haben sich noch weitere arbeitswillige Kraftdrohnenfahrer gemeldet, so daß etwa 160 Kraftdrohnen in Verkehr waren. Der Schiedspruch, den die Arbeitnehmer abgelehnt haben, wird voraussichtlich auch von Arbeitgeberseite abgelehnt werden.

Chemnitz. Benzinexplosion.

Im vierten Obergeschosse eines Hauses in der Kurfürstenstraße wurde durch eine Benzinexplosion die ganze Kücheinrichtung nebst Dachstuhl in Brand gesetzt. Bei den Löscharbeiten erlitten zwei Personen Brandwunden; eine Frau wurde ins Krankenhaus geschafft.

Wegien.

In der Nacht zum Montag wurde in der Turnhalle der Turngemeinde Jahn-Heldenau bei Wehlen ein Mann überrascht, der dort unberechtigterweise nächtete. Er

Hotelgewerbe in Not

Auf der Wintertagung des Verwaltungsrats des Reichsverbandes der Deutschen Hotels, Restaurants und verwandten Betriebe E. V., stellte den Syndikus des Verbandes, Dr. Knapmann u. a. fest, daß in diesem Jahre der Umsatz in den deutschen Hotelbetrieben gegenüber dem Vorjahre im Durchschnitt um 30 Prozent zurückgegangen sei, in manchen Betrieben bis zu 70 bis 80 Prozent. In einer angenommenen Entschließung wird scharf gegen eine Rundgebung des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handels-tages Stellung genommen, die private Kreise, Industrie und Handel zu einer weiteren Einschränkung von Veranstaltungen auffordert. Gleichzeitig ermahnt der Reichsverband das gesamte Hotel- und Gaststätten-gewerbe, „seine Bezüge an Waren aller Art, a. B. Getränken, Wein usw., auf das äußerste Maß einzuschränken und alle Instandsetzungsarbeiten in Hotels und Gaststätten zu unterlassen“, selbst auf die Gefahr hin, daß Industrie und Handel ihre Bemühungen, mit öffentlichen Mitteln die Befriedigung überlieferter Lebensansprüche zu erreichen, fortsetzen sollten.

Entschließung des Bürgermeistertages

Auf dem Sächsischen Bürgermeistertage wurden die Wünsche und Forderungen der sächsischen Mittelstädte in einer Entschließung zusammengefaßt, in der von Reich und Staat erhöhte Berücksichtigung der schwierigen Finanzlage der Gemeinden gefordert wird. An den Landtag wird die dringende Bitte gerichtet, die Gemeindebesteuernotverordnung der Sächsischen Regierung vom 24. Sept. aufrechtzuerhalten. Die obligatorische Einführung der Biersteuer sei unbedingt notwendig. In der Entschließung wird die Auffassung vertreten, daß die politische Verantwortung für die neuen Steuern bei der Reichsregierung und den hinter ihr stehenden Parteien liege. Eine Aufhebung der Notverordnung würde unheilvolle Folgen in die mühsam noch aufrechterhaltene Finanzwirtschaft der Gemeinden bringen und würde es insbesondere den Gemeinden für die Zeit nach dem 10. Januar 1931, wenn sich die Auswirkungen der Reichsnotverordnung über Krisenfürsorge geltend machen, unmöglich machen, ihre Verpflichtungen namentlich auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge noch weiter zu erfüllen.

Die Hochwasserschäden vor dem Bezirksausschuß kamen

In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Kamenz machte der Vorsitzende, Amtshauptmann Dr. von Zobel, Mitteilungen über die durch das Hochwasser angerichteten Schäden. Auf den überschwemmten Weiden hätten sich offenbar aus Fabrikabwässern stammende Giftstoffe abgesetzt, so daß für das nächste Jahr mit einem Ernteausschlag von 20 bis 25 Prozent zu rechnen sei dürfte. Stellenweise seien die Kartoffelsteller unter Wasser gesetzt gewesen, wodurch ebenfalls ein Schaden von etwa 34 000 RM entstanden sei. Bei einem strengen Winter würden die Saaten auf den vom Hochwasser betroffenen Rogengefeldern voraussichtlich ganz verloren sein. Trotzdem wolle man einen Schadenertrag bei der jetzigen Finanzlage des Staates nicht beantragen. Dagegen sei man erneut bei der Regierung vorstellig geworden wegen Regulierung der Schwarzen Elster und des Klosterwassers mit Melioration bis zur Landesgrenze.

Ministerpräsident Braun in Dresden

Dresden. Dienstagabend fand im Zirkus Sarralan eine Kundgebung der SPD Groß-Dresden und des Reichsbanners statt, bei der der preußische Ministerpräsident Otto Braun die Hauptrolle spielt. Ausgehend von den Wählerfolgen der Nationalsozialisten, die er als vorübergehend bezeichnete, wies er den Vorwurf zurück, daß die Sozialdemokratie für die „Young-Klaviere“ verantwortlich sei. Die Sozialdemokratie habe seinerzeit den Krieg liquidieren müssen, um den Zusammenbruch des Reiches zu verhindern. Ob Deutschland der Young-Plan erfüllen könne, lasse sich heute noch nicht übersehen. Wenn das nicht möglich sei, werde der Young-Plan geändert werden müssen. Es handle sich bei der Erfüllung des Young-Plans um einen Versuch und darum, den guten Willen zu zeigen. Ein scharfes Nein, wie es die Nationalsozialisten forderten, würde Deutschland vollends in den Abgrund stürzen. — Zu innerpolitischen Fragen übergehend, erklärte Braun, daß eine Gehalts- und Lohnsenkung ohne eine entsprechende Preisentlastung auf das deutsche Wirtschaftsleben verheerend wirken müsse. Sie würde zwar den Unternehmerprofit steigern, die Arbeitslosigkeit in Deutschland aber noch erhöhen. Der Redner wandte sich dann gegen die Kommunisten, die mit ihren Ideen in Russland bereits Schiffbrüchigen hätten, und gegen die Nationalsozialisten, die jetzt zum Generalangriff auf das republikanische Breiten anlegten. Die deutsche Republik werde im kommenden Winter ihre schwerste Belastungsprobe zu bestehen haben. Der Ruf nach dem Diktator, dem starken Mann, sei unsinnig. Bei der heiligen Zerrissenheit in Deutschland seien die Maßnahmen der Reichsregierung als ein Versuch, aus dem Dilemma herauszukommen, trotz aller Bedenken im einzelnen anzuerkennen. Es sei wenigstens ein fester und entschlossener Wille vorhanden. Die Reichsregierung handle auf Grund verfassungsmäßiger Bestimmungen. Am 14. September habe das deutsche Volk den Kopf verloren gehabt. Wenn es und die Volksboten nicht bald wieder zur Vernunft kämen, würde es unvermeidlich sein, daß der Kampf zwischen Diktatur und Volk ausgefochten würde. — Als zu Beginn der Verkündung die Reichsbannerleute in den Zirkusraum marschierten, wurden von bisher unbekanntem Tätern mehrere Tränengasbomben geworfen, durch die eine vorübergehende Verwirrung eintrat.



Das neue Kabinett in Wien. Es kann als sicher gelten, daß die Bemühungen Dr. Enders um die Kabinettsbildung erfolgreich verlaufen. Bis jetzt sind schon folgende Ministerposten besetzt: Bundeskanzler Dr. Ender (Mitte), Handelsminister Heintl (links) und Heeresminister Baugoin.

Allerlei Neuigkeiten

Der Brand der „Ludwigshafen“.

Bei dem auf der „Ludwigshafen“ ausgebrochenen Brande sind die hinteren Laderäume des Dampfers völlig ausgebrannt. Die Hige war so stark, daß die Deckplatten sich verbogen. Die Ladung bestand aus Salpeter und Kupfer. Während die Salpeterladung völlig zerstört ist, hofft man, die Kupferladung noch teilweise retten zu können.

Zwei französische Schiffe im Sturm gesunken.

Bei Cartagena ist eine französische Nacht im Sturm gesunken. Von der viertöpfigen Besatzung konnte nur ein Mann gerettet werden. — Auf der Höhe von Valencia fiel der Passagierdampfer „Perez“ dem Sturm zum Opfer. Der Kapitän rettete sich durch Schwimmen an die Küste. Die Mannschaft wurde von einem Kutter aufgenommen.

Ein Jahr amerikanische Alkoholbekämpfung.

Aus dem Jahresbericht des amerikanischen Justizministers geht hervor, daß im letzten Jahr 29 ausländische Schmuggelschiffe, darunter allein 25 unter britischer Flagge, beschlagnahmt wurden. Hauptstapelplatz für den Alkoholschmuggel nach Amerika ist die französische Kolonie Saint Pierre und Miquelon. Insgesamt erfolgten 27 709 Verurteilungen zu Gefängnis oder 5107 Fälle mehr als im Jahre vorher.

Zusammenstoß zweier spanischer Dampfer.

Wie Havana aus San Lucar de Barrameda meldet, sind im dortigen Hafen zwei spanische Dampfer zusammengestoßen und stark beschädigt worden. Der Kapitän des einen Dampfers hat sein Schiff auf ein Riff laufen lassen, um zu vermeiden, daß es sinke. Der Sachschaden soll sich auf eine Million Peseten belaufen.

Die amerikanische Fliegerin Miller notgelandet.

Die amerikanische Fliegerin Keith Miller, die am Freitag früh von Havana nach Miami abgeflogen war und seitdem vermisst wurde, hat, wie jetzt bekannt wird, am Sonnabend eine Notlandung auf der einsamen Insel Andros, die zu den Bahamas gehört, vorgenommen. Die Fliegerin ist unverletzt.

Kampf mit einem Einbrecher.

In der Nacht drang ein Einbrecher in das Schlafzimmer des Inhabers des Café Merkur in Görlitz, nachdem der Verbrecher zuvor die Tageskasse, die 28 Mark enthielt, beraubt hatte. Es entspann sich zwischen dem Einbrecher und dem Gastwirt ein schwerer Kampf, in dessen Verlauf der Ueberfallene von dem Einbrecher mit der Schusswaffe bedroht wurde. Schließlich gelang es dem Räuber, der ebenso wie der Gastwirt Verletzungen davongetragen hatte, über die Dächer zu klettern und in die Wälder bei Belschwitz-Posottendorf zu entkommen. Landjäger, Kriminal- und Schutzpolizei durchstreifen die Gegend nach dem Täter. Man vermutet in ihm einen schweren Verbrecher, der zu einer Einbrecherbande gehört, von der bereits zwölf Mitglieder festgenommen werden konnten, und die in letzter Zeit in Nieder- und Oberhesseln zahlreiche Einbrüche begangen hat.

Tödlicher Ausgang eines Streites.

In Dörsdorf bei Zholet (Saargebiet) tötete der 20jährige Fuchs seinen Freund, den 21 Jahre alten Brachmann aus Forbach (Lothr.) durch vier Messerstiche. Die beiden Freunde hatten in bestem Einvernehmen den Abend miteinander verbracht und waren bei einem Glase Bier in einen harmlosen Wortstreit geraten. Auf eine mißverständliche Bemerkung Brachmanns hin zog dann Fuchs vor dem Lokal sein Taschenmesser und brachte Brachmann die tödlichen Stiche bei. Er wurde sofort festgenommen.

Englands größtes Militärflugschiff.

Bei Hull fand am Sonntag der Stapellauf des größten militärischen Flugbootes der Welt statt. Es besteht restlos aus Metall, wiegt 10 Tonnen, ist mit 3 Motoren versehen und kann außer der Besatzung von 5 Mann, noch 16 Personen befördern. Das Boot wurde hauptsächlich für den Erkundungs- und Küstenüberwachungsdiens abgebaut.

Saalfeld. 1870 Kriegsgeheime.

Landwirt Hermann Thomä und seine Ehefrau Therese geb. Truppel, in Kleinkensdorf lebend, feierten in voller körperlicher und geistiger Frische ihre diamantene Hochzeit. Beide Ehegatten stehen im 36. Lebensjahr; sie wurden 1870 Kriegsgeheime.

Bollendorf (Kr. Querfurt). Die gefesselte Leiche

Ein graulicher Fund machte Schulkinder am linken Uferstrufer in den Dunkelweiden. Sie fanden hier die Leiche eines 60 Jahre alten Mannes, der an den Händen gefesselt war und schwere Schädelverletzungen aufwies. Allem Anschein handelt es sich um ein Verbrechen. Die Leiche hat etwa drei Wochen im Wasser gelegen.

Fahrräder für das bulgarische Heer

Efterverda. Die bulgarische Heeresverwaltung hat die für 1931 benötigte Anzahl Fahrräder der Eifterweidauer Fahrradfabrik E. W. Reichenbach in Auftrag gegeben. Im Jahre 1930 war Frankreich mit der Lieferung beauftragt worden.

Die Regulierung des Unterlaufs der Schwarzen Elster beendet

Berzberg (Elster). Rund drei Jahre hat es gedauert, bis die Regulierung des Unterlaufs der Schwarzen Elster beendet werden konnte. Auf einer Strecke von rund 40 Kilometern war der Fluß im Laufe der Jahre durch die Einleitung von Abwässern, namentlich durch die Braunkohlenwerke,

wurden, daß er schon bei mäßigem Hochwasser ...

Weniger angenehm war von Anfang an die Erörterung über die Kostenfrage. Rund zwei Millionen Reichsmark waren aufzubringen. Staat und Provinz gaben zwar erhebliche Zuschüsse, aber der Löwenanteil der Kosten mußte doch auf Grund des im Mai 1928 vom Preussischen Landtag beschlossenen Elstergesetzes von den Einleitern der Abwässer getragen werden.

Turnen und Sport

Im Kölner Sechstagerrennen hält das deutsche Paar ...

Die Michelstedter

VON H. LORENZ • URHEBERRECHTSSCHUTZ-VERLAG O. MEISTER, WERDAU SA.

1. Fortsetzung.

Sperk konnte sich dem warmen Ton der Worte Odenbroots nicht verschließen und sagte beschwichtigend: „Na, wenn wirklich ein paar konservative Stoppelhöpfe abgesprungen sind, so habe ich doch dafür andere beachtenswerte Kunden erworben.“

„Noch nicht! Du hast neue Verbindungen angeknüpft. Was kaufmännischen Standpunkt interessieren mich — stets und ständig nur perfekte Sachen, keine Lauben auf dem Dach! Außerdem mußt du deinen neuen Geschäftsfreunden weitest hin dienstbar sein und verschweigst dabei, wie gesagt, durch dein — teifnachiges, parteipolitisches Gebaren.“

„Gebaren?! ... Gebaren?!“ fuhr Sperk auf, „ich weiß genau, was ich tue!“

„Weider weißt du das eben nicht. Vielleicht bringt dir dieser Brief hier zur Vernunft. ... ich darf ihn dir doch vorlesen?“

„Los damit!“

„Wir wundern uns doch, daß unsere Stenotypistin Herr Driller ohne jeden Grund gekündigt hat?“

„Ich habe die Stelle schon lange neu ausschreiben lassen! Sagte Sperk mit lässigem Achselzucken.“

„Der Brief ist von dem Vater des Fräuleins und lautet: „Da ich annehmen muß, daß Ihnen diese Kündigung unerwartet kam, möchte ich es nicht unterlassen, Sie über die Gründe aufzuklären, jedoch nicht, ohne Ihnen zuvor meinen wärmsten Dank für die große Sorgfalt, mit der Sie unsere Tochter herta in ihrer geschäftlichen Ausbildung so freundlich förderten.“

„Mit „freundlich“ meint er dich.“ spöttelte Sperk, „du löse Sunngelüste hast ja immer eine Schwäche für hübsche Stenotypistinnen.“

„Ich bin nicht zum Scherzen ausgelegt,“ erwiderte Odenbroot ernst und fuhr in der Vorlesung fort:

„Weider hat mein Kind in der letzten Zeit bei Ihnen einen Bleistift — püren müssen, der ihm schädlich werden könnte.“

„Du hast hoffentlich ein reines Gewissen!“ neckte Sperk wieder.

„Ich allerdings, wie du gleich sehen wirst.“

„Außerordentlich habe ich bedauert, daß sich Herr Sperk von der hiesigen Ortsgruppe der Demokratischen Partei zum ersten Vorsitzenden wählen ließ.“

Odenbroot sah seinen Kompagnon prüfend an: „Stimmt das? Hast du die Wahl angenommen?“

„Allerdings!“

Die Stimme Odenbroots vibrierte, als er weiterlas: „... Ich kann es mit meiner Besinnung nicht verwinden, meine Tochter weiter in einer Firma zu lassen, deren Chefs ich zwar persönlich hochschätze, in der aber Ideen heimlich werden, mit denen ich mich unmöglich befreunden kann.“

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung, Dr. Driller.“

„Was soll das alles?“ fragte Sperk kühl.

„Also auch der Brief gibt dir nicht zu denken?“

„Wieso denn? Erstens trennen mich Welten von den Anschauungen dieses verdorbenen Philologen, und dann teilt mir der Prokurist mit, daß schon ungefähr vierzig Bewerberinnen für die neue Stelle eingelaufen sind.“

Runde hinter der Spitzengruppe, die von den Belgiern ...

Volkswirtschaft

Berliner Effektenbörse

Die Börse vom Dienstag eröffnete mit vorwiegend geringfügigen Besserungen (bis zu etwa 2 Punkten), doch wurden die außerordentlich festen Kurse des Vortages nicht völlig erreicht. Das Geschäft in Reichsbankanteilen entwickelte sich, da durch die Rotverordnung veränderte einen schärferen Preisausschlag. Sie zogen bis 228 (+ 3) an. Am Forbenmarkt ging es etwas ebener zu, der Kurs gab aber im Verlauf mit 134½ um 1½ nach. Siemens befestigten sich zum ersten Kurs mit 168½ (+ 2) und blieben später 166. Große Schwankungen hatten Goldaktien aufzuweisen, die nach 242 (+ 2) auf 236 zurückgingen. Die übrigen Kalkulationen schwankten um 1—2 Punkte. Ver. Stadtwerke gingen auf 65 (—1¼) zurück.

Am Devisenmarkt wurden der Dollar mit 4,1895 und das englische Pfund mit 20,330 gehandelt.

Am Geldmarkt blieb Tagesgeld mit 6—8% stärker gesucht. Monatsgeld 6,5—6%, banknotierte Warenwechsel etwa 5,5%.

Berliner Produktenbörse

Durch die Ausdehnung der bisherigen Höhe des Weizenverbrauchs bis zum Januar wurden Käufe von Weizenkörnern veranlaßt. Das Angebot ist noch vorzüglich. Der Weizenmarkt ist Rotverordnung veränderte einen schärferen Preisausschlag. Eine Befestigung trat beim Roggen ein. Gerste hatte festen Grund, blieb aber auch unsicher, da die Zollhöhe noch nicht bekannt ist. Hafer stetig, teilweise fester. Weizen zu den erhöhten Forderungen schwerer veräußlich.

Notierungen:		Weizenk.-Melasse	
Weizen ab Markt. Stat.	251—252	—	—
Roggen do.	155—157	Raps	—
Braugerste do.	195—217	Leinfaat	—
Futter- u. Indust.	—	Viktoriaerbsen	24,00—31,00
Gerste do.	179—186	Bl. Speiseerbsen	23,00—25,00
Hofer do.	138—144	Futtererbsen	19,00—21,00
Rais lafo Berlin	—	Belufschon	19,00—20,00
Baggis. Hbg.	—	Ackerbohnen	17,00—18,00
Weizenmehl p. 100	—	Wicken	17,00—20,00
Kilo fr. Bln. br.	—	Lupinen, blaue	—
inkl. Saft (feinste)	—	Lupinen, gelbe	—
Warte (ab. Rot.)	29,25—37,00	Cerradella, neu	—
Roggenmehl p. 100	—	Rapskuchen, 38%	8,70—9,70
Kilo fr. Bln. br.	—	Leintuchen, 37%	15,00—15,30
inkl. Saft	23,25—26,85	Trockenschneißel	5,40—5,90
Belgentele fr. Bln.	9,25—9,65	Soyabohnen, 45%	13,20—13,50
Roggenkleie fr. Bln.	8,75—9,00	Kartoffelstoden	—

Sperk machte eine große Bierzig auf die Schreibunterlage ...

Hanf sah, mit dem Briefkorb in der Hand, auch seinen zweiten Chef ratlos nach. Jetzt hatten glücklich beide das Büro verlassen und keine Gebaltsaufbesserung ... ? Uebel launig stellte er fest, daß es bereits zwei Uhr war.

Da kam es lebhaften Schritten pfeifend über den Flußdraußen. Schon stand Gerhard Sperk junior im Büro. Vultige, tüge braune Augen blickten aus frischem Gesicht der elegante Sommeranzug sah fabelhaft.

„Bin eben meinem Vater begegnet, habe einen großen Bogen gemacht!“ sagte Gerhard.

„Ihr Herr Vater ist in letzter Zeit überhaupt etwas aufgeregt!“

„Sagen Sie man ruhig, „ungenießbar“! Ich komme wieder einmal mit einer Bitte!“

Der Prokurist hatte schon die Schlüssel zum Geldschrank in der Hand und machte eine Bewegung nach diesem Rabe. „Kein, Hanfchen, keinen Vorstoß, darum handelt es sich nicht! ... Wenigstens zunächst noch nicht!“ verbesserte Gerhard und pendelte vor den Pulten hin und her.

„Man wird mich ja nunmehr, nachdem ich mich im Ausland umseh und bei Banken und anderen Geschäften gearbeitet habe, hier im Geschäft verwenden. Ich will mir langsam in den Kram hier einführen. Daher habe ich mich in den letzten Tagen zunächst einmal über die Posteingänge informiert.“

„Gerhards Stimme klang etwas unsicher.“

„... und bei diesen, wissen Sie, sind es nun wieder die ... Bewerbungen.“

„Sie meinen doch nicht etwa bezüglich der freien Stelle einer Stenotypistin?“

Gerhard nickte errötend.

„Doch, doch ... gerade die!“

„Und die gesamten vierzig Bewerbungen haben Sie an gelesen?“

„Alle ... eingehend sogar!“ beteuerte Gerhard, „man kann da nicht sorgfältig genug sein.“

Bewundernd rückte der Prokurist die Brille zurecht, ging zum Pult, suchte in den Papieren und kam mit einer Bewerbung nebst Photographie zurück.

„Ihr Herr Vater und Herr Odenbroot haben mir bezüglich der Auswahl soeben Vollmacht gegeben. Ich wollte bei Herrn Chef eine gewisse Ida Hedt mit vorzüglichem Zeugnis vorschlagen. Auch nach der Photographie macht sie einen durchaus soliden, anständigen Eindruck.“

Der Prokurist hielt mit der Linken die Photographie vor

4. Dezember
Sonnenaufgang 7.46 Sonnenuntergang 15.54
Mondaufgang 14.37 Monduntergang 6.00
1875: Der Dichter Rainer Maria Rilke in Prag geb. (gest. 1926). — 1900: Der Maler Wilhelm Leibl in Würzburg geb. (geb. 1844).

Mitteldeutscher Rundfunk.

Rundfunkprogramm für Donnerstag, den 4. Dezember
Leipzig-Dresden:
10.30 Schulfunk; 12.00 Schallplattenkonzert; 14.00 Neue russische Literatur (2); 14.30 Geschichten und Liebesfunde für die Jugend; 15.15 Hörbericht aus Chemnitz; 16.00 Expeditionen ein und aus; 16.30 Konzert; 18.00 Frauenfunk; 18.30 Steuerrundfunk; 18.35 Spanisch; 19.00 Das Wohnproblem; 19.30 Schallplattenkonzert; 20.30 Geistliche Abendmusik; 21.30 Thea Maria Benz spricht neue rumänische Dichtungen; 22.00 Zeitangabe, Wettervorhersage, Preisbericht und Sportfunk; Funkfülle.

Berlin — Steintin — Magdeburg.
7.00: Funk-Gymnastik. — Anschließend bis 8.15: Frühkonzert. — 12.30: Die Viertesunde für den Landwirt. — 14.00: Peter Tschaikowsky (Schallplattenkonzert). — 15.15: Unsere Gäste und wir. — 15.35: Jugendstunde: Die Entstehung des Autos. Uebertragung aus den Brennabor-Werken, Brandenburg (Havel). — 16.05: Palästina, eine werdende Welt. — 16.30: Solistenkonzert. — 17.30: Kohle und Wasserstoff. — 17.55: Kurze Bühnenstunde: Tierbilder. — 18.05: Chorgebänge: Morgen- und Abendlieder (Städtischer Chorvereinigung). — 18.25: Tchechoslowakien über die Psychoanalyse. — 19.00: Soll man noch Romane schreiben? — 19.30: Von Königsberg: Orchesterkonzert. — 20.30: Wovon man spricht. — 21.10: „Berlin — letzte Ausgabe“, Hörspiel von Ernst Toller (Uraufführung). — 22.15: Zeitangabe usw. — Danach bis 0.30: Tanzmusik (Kapelle Dajos Béla). — Von Köln: Als Einlage: Die letzten 20 Minuten vom Kölner Sechstagerrennen.

Königs wusterhausen.
6.25: Zeitangabe und Wetterbericht. — 6.55: Wetterbericht. — 7.00: Funk-Gymnastik. — Anschließend: Frühkonzert. — 10.00: Mitteilungen des Verbandes der Preussischen Landgemeinden. — 10.10: Schulfunk: Die Pflanze im Kampf um Licht und Raum. — 10.35: Neueste Nachrichten. — 12.00: Kammermusik (Schallplattenkonzert). — Während einer Pause: Wetterbericht. — 13.30: Neueste Nachrichten. — 14.00: Schallplattenkonzert. — 15.00: Jugendstunde: Erlebnis in Alger. — 15.30: Wetter- und Preisbericht. — 15.45: Frauenstunde: Verhämte Sängerknaben. — 16.00: Pädagogischer Funk: Schul- und Laienspiel. Freies oder gebundenes Szenenspiel in der Schule. — 16.30: Von Berlin: Nachmittagskonzert. — 17.30: Hausmusik (Arbeitsgemeinschaft). — 18.00: Neue Formen deutschen Aufnahmestudios in Ostland und Lettland. — 18.30: Hochschulfunk: Die Aera Bülow. — 19.00: Justus Wölfer (Juni 210. Geburtstag). — 19.30: Verminderung der Arbeitslosigkeit durch Verlängerung der Schulzeit. — 19.55: Wetterbericht. — 20.00: Von Köln: Abendkonzert. — Anschließend: Berliner Programm.

lich, während er mit der Rechten darauf schlug und sie Gehard wies. Dieser sagte nach kurzer Beträchtung: „Ausgeschlossen!“

„Aber wieso denn?“

„Die geht nicht!“

„Die geht nicht?“

„Wie die schon aussieht! Also hören Sie einmal zu, Herr Hanf. Ich habe die Bewerbungen nach modernsten graphologischen Gesichtspunkten begutachtet. Wissen Sie auch, was das heißt? ... Nach graphologischen Gesichtspunkten!“

„Der Prokurist war alles Moderne verhandt; er blie stumm, unzugänglich.“

„... ich habe die Handschriften geprüft!“

„Das habe ich natürlich auch getan!“ knurrte Hanf.

„Bei Ihrer Beweishaftigkeit selbstverständlich ... habe Sie geprüft, wie Sie das meinen ... lediglich nach schmalen Schritten und Orthographie!“

„Aber das gehört doch schließlich auch dazu!“

„Eine Handschrift muß vor allem einen Charakter verstrahlen, einen ganzen Menschen!“ behauptete Gerhard, „so all den Bewerbungen kommt nach meinen Grundrissen nur Nummer dreizehn in Frage, die des Fräuleins von Erbach.“

„Die Tochter des hiesigen Stadtgutpächters?“ rief Hanf mit aufgerissenen Augen.

Inzwischen hatte Gerhard die Bewerbung dreizehn an dem Briefkorbe genommen.

„Sehen Sie, das nenne ich Handschrift!“

„Janz jaunete mir hochgezogenen Brauen auf das Blatt „Um Gottes willen!“

„Was ist Ihnen, Herr Hanf?“

„Bereichen Sie,“ kam es schwach zurück, „diese Schrift kann man — kaum lesen ... selbst der Name ist schwer zu entziffern!“

Der Prokurist stand auf und suchte im Briefkorb: „Ich habe doch die Bewerbungen und Bilder laufend mit korrespondierenden Nummern versehen: Sieht kann ich da dazugehörige Bild Nummer dreizehn nicht finden!“

Er konnte freilich nicht ahnen, daß die Photographie schon seit zwei Tagen auf dem Schreibtisch von Sperk junior stand. Gerhard ließ den Alten suchen:

„Die Photographie brauchen wir gar nicht; schon die Handschrift verrät Charakter, Bildung, Selbstbewußtsein. Vergleichen Sie nur einmal diese festen, stolzen Schriftzüge mit den alltäglichen korrekten der anderen Damen!“

Nicht standen die beiden Buchstaben aneinandergereiht in rechenhafter Größe und runenähnlicher Unkenntlichkeit.

„Gewiß bietet die Schrift einige Schwierigkeiten,“ gab Gerhard zu, „aber Fräulein von Erbach ist doch als Stenotypistin ausgebildet. Es ist also an sich gar kein Grund, die Dame nicht einzustellen, insbesondere, da die Zeugnisse der weitbekanntesten Firma Heilmann, Lübeck, wo sie zuletzt tätig war, geradezu glänzend sind. Also, Fräulein Ida Hedt kommt nicht in Frage. Sie müssen sich für Fräulein von Erbach entscheiden!“

Der Prokurist runzelte wieder die Stirn. Der Ton ging ihm gegen den Strich. Der junge Herr Sperk war doch nicht kein Chef, von „Müssen“ konnte nicht die Rede sein. Da merte Gerhard und verlegte sich aufs Bitten.

„Keineswegs müssen Sie, Herr Hanf, aber Sie tun mir einen großen persönlichen Gefallen!“

Hanf sann vor sich hin. Wann war es jemals vor gekommen, daß er dem jungen Herrn einen Gefallen ab schlug? Genau wie vor zwanzig Jahren! Damals handelte es sich freilich nicht um Stenotypistinnen mit über hand schrift, sondern lediglich um Peitschenschmuren, die der klein Gerhard erbettelte, und die immer wieder von der Bindfaden rolle abgetrennt wurden, oder auch um die Hergabe der Büroleims, der dann prompt verschwand, und den der gut Onkel Hanf wieder geduldig aus seiner Tasche anschaffte.

„Aber nein, die heutige Bitte war denn doch etwas sonderbar!“

(Fortsetzung folgt)

2
Tag
Nr.
Auf
Verein
Sitz
Ante
Freit
Schm
e
b
ffentlich
Samm
Der
Ört
Dippol
die Kat
partei
vom Welt
kämpfer,
a
hatte, d
gründung
der
am zum
nicht dar
man wolle,
zur Notwe
weil man
heute am
Ran tue
dentum wie
Geschichte
weil der
siche man
Theodor
tum (verh
alten Weh
nischen St
dieselfen
der Wildoo
jede Orig
antes, das
ziere zu
nach dem
auch die
noch durch
als Worte
riefenhafter
Soldat leih
Anspruch
Frontkämp
seines Lebe
hätte, um
der deutsc
heuren Mi
hentlich
mittel gar
mehr zu er
mehr entse
Kriege gef
Soldaten, d
usw. Und
Bildern an
vor dem K
selben gel
die Erinner
nenen belg
kämpfe als
stellungen,
umgeklap
wollen alle
Geschäft
und dem
schiffe mit
seine zahl
solches über
Jeppeline,
den untere
fangene, d
den Wert
den Front
anders ge
und wenig
nisse und
mer und
tente bis
schen Sold
denen red
nach eine
moch mehr
schloß der
mals das
den Schloß
nicht mein
richtigen, gl
aufgeführt
leben sollen
geschlossen.
ren: So
werden!